Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. – Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4,90 Mk., frei Haus 5,– Mk., durch unsere Landboten 5,20 Mk. frei Haus, durch die Post bezogen Bestellgeld besonders. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg. im Reklameteil 80 Pfg., für Chiffreanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Vorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags. Postscheckkonto Leipzig 39070. Fernspr. Nr 324.

Mit den wöchentlich 6 mal erscheinenden Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und der monatlich erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 256 — Donnerstag den 11. November 1920 — 47. Jahrg.

Das Einschreiten des Reichspräsidenten.

Der wilde Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter hat zu einer Reichsverordnung des Präsidenten Ebert auf Grund des Ausnahmezustandsartikels der Reichsverfassung geführt. Da die vorhandene Gesetzgebung nicht ausreichte, mußte zu einer Ausnahmeverordnung gegriffen werden. Das Vorgehen des Reichspräsidenten, das in Übereinstimmung mit dem Reichskabinett und der preußischen Regierung erfolgt, ist eine glänzende Rechtfertigung der demokratischen Sozialpolitik. Auf die empfindliche Lücke einer Schlichtungsordnung haben wir in der ganzen letzten Zeit immer wieder hinweisen müssen, die demokratische Fraktion ist nicht müde geworden, sie stets erneut zu fordern. Der jetzige Erlaß des Reichspräsidenten ist sozusagen der Erlaß einer Schlichtungsordnung für lebensnotwendige Betriebe auf dem Verordnungswege. Dieser Weg ist unter normalen Verhältnissen nicht ideal, daß er hier sofort beschritten werden mußte, war eine gebieterische Notwendigkeit. Denn schon ist es in Berlin zu frivolen Sabotageakte und offenem Terror gekommen. Man darf sogar die Frage aufwerfen, ob die Notverordnung ausreichend sein wird.

An sich ist sie mustergültig. Sie vermeidet jede einseitige Stellungnahme. Nicht nur wilde Streiks, sondern auch wilde Aussperrungen werden unter schwere Gefängnis- oder Geldstrafe gestellt. Die Verordnung erstreckt sich allerdings nur auf Betriebe, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen. Es ist sehr zu erwägen, ob nicht mindestens auch der Verkehr als lebenswichtiger Betrieb anzusehen ist. Das Streikrecht wird in ihr auch keineswegs ausgeschlossen. Die Strafe trifft nur diejenigen, die vor der Fällung eines Schiedsspruches durch den zuständigen Schlichtungsausschuß zu Aussperrungen oder Arbeitsniederlegungen auffordern, oder zur Durchführung eines solchen Streiks Sabotageakte unternehmen. Eine ideale Schlichtungsordnung muß unter Schaffung aller Garantien für die berechtigten Wünsche der Arbeiter und Angestellten dahin kommen, daß dem letztinstanzlichen Schiedsspruch bindende Kraft zuerkannt wird. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Verordnung einer Stelle weitgehende Vollmachten einräumt für den Fall, daß es doch zu wilden Streiks oder Aussperrungen kommt. Die Notverordnung legt solche Vollmachten in die Hände des Reichsministers des Innern, der dafür auch die berufene Instanz ist. Er kann nicht nur Notstandsarbeiten anordnen, sondern ist auch berechtigt, für eine Notstandsversorgung alle Verwaltungsmaßnahmen zu treffen. Hier ist wohl in erster Linie an eine geeignete Verwendung der Technischen Nothilfe gedacht. Aber seine Befugnisse gehen noch weiter. Er kann auch die Herbeiführung der Befriedigung berechtigter Ansprüche der Arbeitnehmer sicherstellen und den Betriebsunternehmer mit den daraus entstehenden Kosten belasten. Auch in dieser Bestimmung zeigt sich ein gesunder sozialer Geist und geschärftes politisches Verständnis. Die meisten lebenswichtigen Betriebe befinden sich heute im Gemeindeeigentum, doch, da die Verordnung für das ganze Reich gilt, werden durch sie unter Umständen auch private Betriebsunternehmer berührt. Wichtig ist, daß in der Verordnung alle Arbeiter, Angestellte und Beamte, die Notstandsarbeiten usw. leisten, in keiner Weise wirtschaftlich benachteiligt werden dürfen. Damit ist jeder spätere Terror gegen solche Arbeitnehmer gesetzlich ausgeschlossen.

Der Groß-Berliner Streik ist von kommunistischen Elementen entfesselt worden. Gegen seinen Anstifter, den Kommunisten Sylt, ist ein Haftbefehl ergangen. Es ist bemerkenswert, daß auch die unabhängige „Freiheit", die allerdings unter dem Elektrikerstreik dadurch besonders zu leiden hatte, da sie wegen Strommangel nicht erscheinen konnte, diesmal ganz offen zugibt, daß es sich hier um einen Streik zugunsten kommunistischer politischer Zwecke handelt. Tatsächlich würde sich ja auch dieser Charakter des neuesten Berliner Streiks kaum ableugnen lassen. Aber es ist selbstverständlich, daß man dem weiteren Verlaufe der Dinge seitens der Reichsregierung die allerernsteste Beachtung schenken muß. Die Allgemeinheit kann sich unmöglich die schwere Gefährdung ihrer Gesundheit und Existenz noch länger von einer kleinen Gruppe wahnsinniger Katastrophenpolitiker gefährden lassen. Hier muß der Staat, wenn es notwendig ist, von seinen Machtmitteln rücksichtslos Gebrauch machen. Denn je eher eine solche Bewegung eingedämmt wird, umso weniger entsteht die Gefahr, daß sie einen unübersichtlichen Umfang annimmt. Man darf erwarten, daß alle einsichtigen Kreise der Arbeitnehmerschaft und der sozialistischen Parteien hier an die Seite der Regierung treten werden.

*

Eine Reichsverordnung über das verbindliche Schlichtungsverfahren.

Schlichtungszwang für lebenswichtige Betriebe.

Man hat erkannt, daß es so nicht weitergehen kann, daß es sich fast den fortgesetzten Ruhestörungen in Berlin nicht mehr um rein kommunale Dinge handelt, daß das Ansehen des Reiches, das ganze Wirtschaftsleben auf dem Spiele steht und Fahrlässigkeit einer kleinen Gruppe fanatischer Schreier zu werden droht. Und daraus hat man in erfreulicher Einigkeit nunmehr die Folgerungen gezogen. Ehe wir auf die soeben erlassene neue Reichsverordnung mit ihren tiefeinschneidenden Bestimmungen für das ganze Reichsgebiet eingehen, sollen noch einige kurze Worte gesagt werden, die die Lage kennzeichnen:

Ein wegen Schiebungen von der Staatsanwaltschaft gesuchter Mann namens Sylt, der im Gewerkschaftsleben bisher keine Rolle spielte, schwingt sich plötzlich zum Sprecher der Elektrizitätsarbeiter auf, zettelt durch müste Agitation einen wilden Streik an, kümmert sich nicht im geringsten um die Stellungnahme der Gewerkschaften, treibt sozusagen Schindluder mit ihnen, sabotiert dazu noch Maschinen, so daß die Notlage erst die Schäden beseitigen muß, führt also mit kurzen Worten die Diktatur auf eigene Faust ein! Dieser tüchtige Zeitgenosse ist offenbar einer von denen, die sich streng an die Weisungen von Moskau halten, und sucht auf diese Weise die von Moskau befohlene Zerstörung der Gewerkschaften und weiterhin die Sowjetisierung Deutschlands zu betreiben. Der Arbeiterschaft, die zum größten Teil diesem Treiben fernsteht, droht also die Gefahr, daß der ganze Gewerkschaftsbau durch Leute wie Sylt einfach in die Luft gesprengt wird.

In Erwägung der Gefährlichkeit solchen Treibens, denn Sylt wird Nachfolger finden, hat sich die Reichsregierung in erfreulicher Übereinstimmung mit der preußischen Staatsregierung entschlossen, durch nachstehende

Verfügung

den wilden Streiks entgegenzuwirken.

Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die Stillegung von Betrieben, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen.

Auf Grund des Artikels 48,2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit für das Reichsgebiet folgendes:

§ 1. In Betrieben, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen, sind Aussperrungen und Arbeitsniederlegungen (Streiks) erst zulässig, wenn der zuständige Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch gefällt hat und seit der Verkündung des Schiedsspruches mindestens drei Tage vergangen sind.

Wer zu einer nach Absatz 1 unzulässigen Aussperrung oder Arbeitsniederlegung auffordert oder zur Durchführung eines solchen Streiks, an Maschinen, Anlagen oder Einrichtungen Handlungen vornimmt, durch die die ordnungsmäßige Fortführung des Werks unmöglich gemacht oder erschwert wird, wird mit Gefängnis oder Geldstrafe bis 15 000 .M bestraft. Ebenso wird bestraft, wer eine nach Absatz 1 unzulässige Aussperrung vornimmt.

§ 2. Werden durch Aussperrung oder Arbeitsniederlegung Betriebe der genannten Art ganz oder teilweise stillgelegt, so ist der Reichsminister des Innern berechtigt, Notstandsarbeiten und Notstandsversorgung zu sichern, sowie alle Verwaltungsmaßnahmen zu treffen, die zur Versorgung der Bevölkerung oder zur Weiterführung des Betriebes geeignet sind. Hierzu gehört auch die Herbeiführung der Befriedigung berechtigter Ansprüche der Arbeitnehmer. Die durch derartige Anordnungen entstehenden Kosten fallen dem Betriebsunternehmen zur Last.

§ 3. Arbeiter, Angestellte und Beamte, die in Beachtung der Bestimmungen des § 1 die Arbeit in den genannten Betrieben weiterführen, gemäß § 2 angeordnete Notstandsarbeiten oder Arbeiten zur Sicherung der Notstandsversorgung leisten, dürfen hierdurch in keiner Weise wirtschaftlich benachteiligt werden.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem 10. November in Kraft.

Berlin, den 10. November 1920.

Der Reichspräsident: gez. Ebert. — Der Reichskanzler: gez. Fehrenbach.

Man hat sich in den Kreisen der Reichsregierung zu der Erkenntnis durchgerungen, daß die Zustände in Berlin, wenn ihnen weiterhin Halt geboten wird, geradezu katastrophal auf den Reichsgedanken und das gesamte Wirtschaftsleben des Volkes wirken. Daher erwartet man auch, daß sich von rechts wie links eine breite Einheitsfront bildet, die das Vorgehen des Reichspräsidenten gutheißt. Würden wir uns auf den Magistrat verlassen, der den Dingen mit einer unerschütterlichen Wurstigkeit gegenübersteht, dann müßte alle fünf bis sechs Wochen mit der Wiederholung solcher Streiks gerechnet werden, die unser Erwerbsleben schwer erschüttern, unsere Valuta dauernd verschlechtern und uns um den letzten Rest von Ansehen im Auslande bringen. Wie wir weiter erfahren, wird auch das Schlichtungsgesetz, dem man mit großer Spannung entgegensieht, in wenigen Wochen fertig sein und zur Vorlage gelangen.

Ein Aufruf gegen die Erpressung der Milchkühe.

Berlin, 11. Nov. Der Deutsche Ärztevereinsbund erläßt folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

6 Millionen Liter Milch werden wir täglich weniger haben. Die Fettbelieferung wird aufs schwerste beeinträchtigt, die Aufzucht des Rindviehs wird aufs schwerste gefährdet, die Fleischversorgung wird noch viel, viel schlechter werden. Unsere Säuglinge können wir nicht mehr ernähren, die stillenden Mütter und die Greise, deren Sterblichkeit in erschütternden Maße gestiegen ist, können nicht mehr mit Milch versorgt werden; unsagbares Elend muß über die ganze Bevölkerung kommen. Unsere Feinde wollen mit dieser grausamen Forderung die Art an die Wurzel unserer Volksgesundheit legen: nicht bloß wirtschaftlich sollen wir vernichtet werden, auch unser Nachwuchs, unsere Hoffnung, soll zugrunde gerichtet werden. Nur der Amerikahilfe und anderen menschenfreundlichen Organisationen des Auslandes ist es zu danken, daß unsere Jugend bisher durchgehalten werden konnte. Alle Volksgenossen müssen sich der ungeheuren Gefahr bewußt werden, die unserer Volksgesundheit, der allem unserer Jugend, droht, und müssen wie ein Mann dagegen aufstehen. Unsere Reichsregierung muß der Entente ein entschlossenes, rein entgegenschleudern, will sie nicht mitschuldig werden an der Ausbungerung unserer Jugend.

Angebliche Verstöße gegen den Friedensvertrag.

Berlin, 11. Nov. Der französische Botschafter in Berlin hat gestern, wie die Dena meldet, den Minister des Auswärtigen, Dr. Simons aufgesucht und ihn in freundschaftlicher Weise darauf aufmerksam gemacht, daß die Einfuhr von Luxusartikeln aus den Nachbarländern eine Umgehung der Artikel 264 und 265 des Versailler Friedensvertrages darstelle. Weiter hat der Botschafter darauf hingewiesen, daß man in Erfahrung gebracht habe, 25000 Flaschen Likör seien fälschlicherweise als französische Marke eingeführt worden, ein Verfahren, das ebenfalls einen Verstoß gegen Artikel 264 des Versailler Vertrages bilde.

Wirtschaftliche Maßnahmen gegen Polen.

Berlin, 11. Nov. Die deutsche Regierung scheint sich endlich zu gewissen Gegenmaßnahmen gegen Polen, die freilich nur wirtschaftlicher Natur sein können, entschlossen zu haben. Wie wir hören, beabsichtigen unsere maßgebenden Stellen eine noch größere wirtschaftliche Zurückhaltung als bisher im Handelsverkehr mit Polen zu beobachten. Diese Absicht erscheint um so mehr begründet, als die Warschauer Regierung wieder einmal die deutsch-polnischen wirtschaftlichen Verhandlungen, die auf polnische Initiative kürzlich in Berlin begonnen hatten, unter dem Vorwande sabotieren will, die deutsche Regierung habe entgegen der Vereinbarung auch politische Fragen zur Sprache gebracht, zu deren Behandlung sich der polnische Vertreter Dr. Strasburger nicht für befugt erklärte. Strasburger ist gestern nach Warschau zurückgereist.

Ratifizierung des Danziger Optierungsvertrages.

Danzig, 11. Nov. Der stellvertretende Oberkommissar hat den deutschen Danziger Optierungsvertrag ratifiziert.

Putsch von rechts.

Prag, 11. Nov. Der tschecho-slowakische Außenminister Benesch erklärte im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, in Deutschland drohe ein erfolgreicher Putsch von rechts. (?) Nach ihm zugekommenen Nachrichten werde man in den nächsten Tagen Näheres hören.

Wien, 11. Nov. (T.-U.) Die von dem tschecho-slowakischen Außenminister Benesch abgegebene Erklärung über einen drohenden Rechtsputsch in Deutschland ist, wie der Korrespondent des Neuen Wiener Journal meldet, auf Informationen aus Wiener diplomatischen Kreisen zurückzuführen. Bei dem drohenden Putsch handelt es sich um Bayern, wo um die Frage der Auflösung der Organisation Escherich herum eine starke monarchistische Agitation eingesetzt habe.

Monarchistische Umtriebe in Tschechien?

Prag, 11. Nov. Das dem Prager Außenminister nahestehende Blatt der tschechischen Nationalsozialen behauptet, daß in der Tschechoslowakei eine monarchistische Reaktion bestehe, die gefährlicher als die kommunistische sei.

Litauisch-bolschewistische Offensive gegen Polen.

London, 11. Nov. (WTB.) Das Reuterbüro erfährt aus Kowno: Die Litauer haben am 7. November von Kowno aus unter Mitwirkung der Bolschewisten die Offensive gegen den polnischen General Zeligowski begonnen. Sie sind noch 55 Kilometer von Wilna entfernt. — Die Litauische Telegraphenagentur berichtet: Die Polen erschießen litauische Gefangene. Mehrere Offiziere sind schwer mißhandelt und ein Soldat durch sieben Schüsse verwundet worden.

Meuterei auf einem bolschewistischen Kreuzer.

Kopenhagen, 11. Nov. Die „Berlingske Tidende" meldet aus Helsingfors: Die neuesten hier eingetroffenen russischen Zeitungen teilen mit, daß in Kronstadt an Bord des Kreuzers „Gromoboy" eine Meuterei ausgebrochen sei. Die Besatzung habe alle bolschewistischen Offiziere ermordet und darauf das Schiff im Hafen versenkt.

Die Genfer Wiedergutmachungskonferenz erst Februar 1921?

Paris, 11. Nov. (WTB.) Über den Inhalt der Antwort der britischen Regierung auf die französische Note bezüglich des Verfahrens in der Wiedergutmachungsfrage meldet die Agence Havas, daß die alliierten Sachverständigen die Vorschläge der deutschen Sachverständigen anhören und zusammenfassen werden, worauf dann im Februar 1921 die alliierten Finanzminister in Genf zusammenkommen werden. Danach erst werde der Wiedergutmachungsausschuß den Betrag der Schulden Deutschlands festsetzen, worauf dann endlich die alliierten Regierungschefs Sanktionen für die Erfüllung bestimmen werden.

Sechsmonatige Dienstpflicht in Belgien.

Brüssel, 11. Nov. (Hollandsch Nieuwsbureau.) Die sozialistische Kammergruppe hat der Kammer gestern den Entwurf über die Dauer der Militärdienstzeit eingereicht. Danach soll diese sechs Monate betragen, und zwar drei Monate Soldaten- und drei Monate Geschützschule. Nach einem Jahr soll ein einmonatiger Nachdienst stattfinden.

Die Lage im Reiche.

Der Berliner Streik geht weiter.

Nach fünftägigen Verhandlungen müssen die Versuche, eine Einigung mit den Elektrizitätsarbeitern zu erzielen, endgültig als gescheitert betrachtet werden.

Der Streik geht vorläufig weiter.

Der Berliner Magistrat scheint sich aber jetzt endgültig dazu aufgeworfen zu haben, energische Schritte gegen den Terror der Elektrizitätsarbeiter zu unternehmen. Er hat einen Aufruf erlassen, worin unter Hinweis auf die Bedrohung des allgemeinen Wirtschaftslebens durch den Streik der städtischen Elektrizitätsarbeiter der Magistrat veranlaßt wird, zu beschließen, daß die Arbeiter und Angestellten der Elektrizitätswerke aufgefordert werden, ihren Dienst nach den Anweisungen der Direktion bis spätestens Donnerstag nachmittags 2 Uhr wieder aufzunehmen. Die Arbeiter und Angestellten, die dieser Aufforderung nicht Folge leisten, haben sich mit sofortiger Wirkung als entlassen zu betrachten. Weiter wird in dem Aufruf jedem sofortige Entlassung angedroht, der an den Anlagen und Einrichtungen Handlungen vornimmt, die die ordnungsgemäße Fortführung des Werkes unmöglich machen.

In den Anlagen des Gaswerks IV, in dem auch Arbeitslose eine Niederlegung der Arbeit erzwungen worden war, ist später durch den alten Betriebsrat die Wiederaufnahme der Arbeit erzielt worden. Auch in dem Fabrikgebäude der Berbmannwerke wurden durch den Terror der Ausständigen die Arbeitswilligen gezwungen, die Arbeit niederzulegen.

Das gleiche Ansinnen, das den Arbeitern in den Kraftwerken Charlottenburg gestellt wurde, wurde durch das Einschreiten der Sicherheitspolizei unmöglich gemacht. Vor dem Geschäftsgebäude des Deutschen Metallarbeiterverbandes demonstrierten am Mittwoch etwa tausend Arbeitslose, sie versuchten, in das Haus einzudringen, wurden aber durch das Eingreifen der Sicherheitspolizei daran gehindert.

Der Straßenbahnverkehr konnte noch nicht wieder aufgenommen werden. Die Hoch- und Untergrundbahnen verkehren wieder.

Sabotageakte streikender Arbeiter.

Wie sehr die Berliner Arbeiterschaft selbst unter dem wilden Streik der Elektrizitätsarbeiter zu leiden hat und dem Terror der Kommunisten unterliegt, geht aus einer Mitteilung des Magistrats der Stadt Berlin hervor, wonach eine große Anzahl Arbeiter am Mittwoch mittag in die Gasanstalt Nr. 4 in der Danziger Straße eindrang und eine namentliche Abstimmung über den Streik verlangte. Dem gewaltsamen Drängen wurde nachgegeben. Das Ergebnis lautete gegen einen Streik. Kurze Zeit darauf erschienen 2000 Arbeitslose in der Gasanstalt, setzten den Betriebsrat ab und wählten sofort einen politischen Arbeiterrat. Nach Verkündung dieser Wahl wurde der Streik proklamiert.

Zu großen Ausschreitungen durch Arbeitslose und streikende Straßenbahner kam es gleichfalls am Mittwoch mittag auf dem Grundstück der Maschinenfabrik von Ludwig Loewe & Co. Ein Trupp von etwa 1000 Arbeitslosen demonstrierte in den Straßen Charlottenburgs und zog vor das Fabrikgrundstück. Die Firma besitzt eine eigene Kraftzentrale und ist daher imstande, ihren Betrieb in vollem Umfange aufrechtzuerhalten. Die Arbeitslosen und streikenden Straßenbahner drangen sofort in die Kraftzentrale und forderten die Heizer zum so-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201111-10/fragment/page=0001

fortigen Eintritt in den Streik auf. Als diese sich weigerten, wurde von den Arbeitslosen die Feuerung aus den Kesseln herausgerissen und die gesamte Anlage zum Stillstand gebracht. Dadurch sind über 2000 Arbeiter zum Feiern gezwungen. Auf dem Hof des Grundstückes kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen, bis ein Sicherheitspolizeiaufgebot das Grundstück von den Demonstranten räumte.

Durch den Streik der städtischen Elektrizitätsarbeiter ist die Brotversorgung der gesamten Berliner Bevölkerung aufs äußerste gefährdet.

Die Stellungnahme des Reichskabinetts.

Wie wir an zuständiger Stelle hören, tagte am Mittwoch abend das Reichskabinett, um sich darüber schlüssig zu werden, welche Folgerungen aus dem Ersatz des Reichspräsidenten zu ziehen sind, falls bis Mittwoch abend der Streik nicht beigelegt ist und die Elektrizitätsarbeiter weiter auf ihrem Sandpunkt verharren.

Die Einsetzung der technischen Nothilfe.

Berlin, 10. Nov. Auf Grund der Aufforderung des Berliner Magistrats, nach der vom Donnerstag namittag 2 Uhr an die streikenden Arbeiter im Berliner Elektrizitätswerk ihre Arbeit wieder aufnehmen müssen, wird die technische Nothilfe morgen in erhöhte Alarmbereitschaft treten. Die Mitglieder derselben wurden aufgefordert, sich zur Mittagsstunde an bestimmten Treffpunkten einzufinden.

Nochmals Urabstimmung über den Streik.

Berlin, 11. Nov. Die Funktionäre der streikenden Elektrizitätsarbeiter haben gestern in einer Versammlung, nachdem der Verband der Maschinisten und Heizer zum Streikabbruch geraten hatte, beschlossen, erneut eine Urabstimmung vornehmen zu lassen, die heute vormittag beendet sein wird.

In Golpa wird gearbeitet.

Wie wir hören, wird in dem Kraftwerk Golpa-Zschornewitz vollgearbeitet. Der Kommunistenführer Sylt, der, wie gemeldet, in Golpa den Versuch machte, die dortigen Elektrizitätsarbeiter zum Anschluß an den Streik zu bewegen, hat einen Mißerfolg erlitten. Er ist, ohne etwas erreicht zu haben, von Golpa wieder abgereist.

Ein Haftbefehl gegen Sylt.

Wie die „B. Z. a. M." hört, ist gegen den Kommunisten Sylt, den Anstifter der wilden Streiks in den Berliner Elektrizitätswerken, schon vor dem Streikausbruch wegen verschiedener strafbarer Verfehlungen ein Haftbefehl ergangen. — Wie verlautet, soll sich Sylt gegenwärtig in Magdeburg aufhalten.

Der Reichstag und der Berliner Streik.

Mehreren Blättern zufolge wird sich der Reichstag mit dem Berliner Elektrizitätsstreik beschäftigen. Bei der Haushaltsberatung soll die Frage der obligatorischen Beleuchtungsausschüsse und des Schutzes der Arbeitswilligen, sowie die Frage des Schutzes gegen kommunistische Gewaltmaßnahmen erörtert werden.

Die Reichsregierung zur Streiklage.

In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Lokal-Anzeiger" gab der preußische Minister des Innern Severing seiner Befriedigung über das Ultimatum des Berliner Magistrats an die streikenden Elektrizitätsarbeiter Ausdruck. Es enthebe vorläufig die Reichsregierung, wie die preußische Regierung der unangenehmen Aufgabe, in die Selbstverwaltung der Städte durch die Verordnung des Reichspräsidenten einzuwirken. Sollte jedoch wider Erwarten die erneute Urabstimmung der Streikenden für die Fortführung des Streiks ausfallen, so würde die von der Reichs- und der preußischen Staatsregierung vorbereitete Aktion unverzüglich ins Werk treten und zu diesem Zweck sofort ein Reichskommissar ernannt werden, der mit der Ausführung der von dem Reichspräsidenten erlassenen Verordnung beauftragt werden würde.

*

Die Ablieferung von Brotgetreide

seitens der deutschen Landwirtschaft ist betrübend gering. Deshalb sieht sich die Regierung genötigt, einen Gesetzentwurf ausarbeiten zu lassen, welcher die schärfsten Strafen für Nichtablieferung und Schleichhandel vorsieht. Das Ernährungsministerium erklärt, den Landwirten weit entgegengekommen zu sein, daraufhin aber auch erwarten zu dürfen, daß die Landwirtschaft nunmehr ihre Ablieferungspflicht erfüllt. Entspreche sie dieser Erwartung nicht, so habe sie die Folgen zu tragen. Eine Freigabe des Hafers lehnt Herr Dr. Hermes ab. Eine weitere Vorlage wird gegen Ausfuhr von Lebensmitteln vorbereitet. Für Zuwiderhandlungen ist Zuchthausstrafe vorgesehen.

Die Regierungsbildung in Thüringen.

Weimar, 11. Nov. Gestern abend wurde nach fünftägiger, zum Teil erregter Debatte die Regierungsbildung für Thüringen vollzogen. Gewählt wurde die sozialdemokratische Liste mit Hilfe der vier Demokraten und der elf Unabhängigen. Die Kommunisten verhielten sich neutral. Die Rechtspartei stimmte dagegen. Die neue Regierung für Thüringen setzt sich zusammen aus den Herren Dr. Paulsen (Dem.), Dr. Benz, v. Brandenstein (parteilos) und Fröhlich (Soz), Dr. Wieleits-Sondershausen und Prof. Krüger (Demokraten). Die Einteilung der Ministerien erfolgt in einer der nächsten Sitzungen.

Neue polnische Unruhe in Oberschlesien.

Benthen, 10. Nov. Auf dem Wege zu einer Versammlung des Verbandes heimatreuer Oberschlesier in Friedenshütte wurde gestern abend der Arbeiter Magiera durch Schüsse aus einem Hause getötet. Die Schüsse fielen anscheinend zwei Mitgliedern des Verbandes heimatreuer Oberschlesier, die hinter Magiera gingen und die bereits längere Zeit verfolgt worden waren.

Politische Uebersicht.

Österreich.

Dr. Weißkirchner Präsident.

Wien, 11. Nov. Der Nationalrat wählte zum ersten Präsidenten den Christlichsozialen Dr. Weißkirchner mit 104 Stimmen, zum zweiten Präsidenten wurde der Sozialist Eberich mit 67 Stimmen und zum dritten Präsidenten der Großdeutsche Dinghofer mit 104 Stimmen gewählt.

Ungarn.

Ultimatum an Ungarn.

Mailand, 10. Nov. „Secolo" meldet, daß Giolitti im gestrigen Ministerrat mitgeteilt habe, daß die alliierten Mächte an die ungarische Regierung wegen ihrer unklaren Haltung ein Ultimatum gerichtet hätten, in dem die Ratifikation des Friedensvertrages von Trianon bis zum 15. November verlangt werde.

Belgien.

Das Ende des belgischen Bergarbeiterstreiks.

Die „Rhein.-Westf. Ztg." meldet aus Rotterdam: Nach dem „Libre Belgique" ist das Ergebnis des Referendums unter den Bergarbeitern in den Kohlengruben des belgischen Zentrums eine vollkommene Niederlage der Partei, die für den Streik eintrat. Infolgedessen soll die Arbeit am Mittwoch wieder aufgenommen werden.

Frankreich.

Drohender Generalstreik der französischen Bergarbeiter.

Die „Humanité" meldet: Der Generalrat der französischen Bergarbeiterschaft hat mit großer Mehrheit beschlossen, den Generalstreik zu proklamieren, falls nicht sämtliche Forderungen der Bergleute erfüllt würden.

Rußland.

Die Verluste der bolschewistischen Südfront.

Helsingfors, 10. Nov. Der Oberste bolschewistische Militärrat teilt mit: Die Rote Armee an der Südfront verlor vom Mai bis September 45 000 Tote, 60 000 Verwundete, 80 000 Gefangene und 80 000 Deserteure.

Nordamerika.

Harding und der neue Völkerbund.

Wie aus New York gemeldet wird, hat Harding zur Feststellung der künftigen Politik Amerikas Auftrag gegeben, Informationen über folgende zwei Punkte einzuholen: 1. inwieweit die europäischen Staaten geneigt sind, an einem neu zu errichtenden Völkerbund sich zu beteiligen, 2. wieviel Senatoren bei einer einfachen Abänderung des gegenwärtigen Völkerbundstatuts geneigt sein würden, für den Beitritt Amerikas zu stimmen.

Die Steuerlasten in der Union.

Die „Times" melden aus New York: Das Finanzministerium teilte mit, das amerikanische Volk müsse noch während mindestens dreier Jahre die aus dem Kriege entstandenen Steuern in Höhe von jährlich fünf Milliarden Pfund Sterling zahlen. Eine beträchtliche Erhöhung der Einkommensteuer werde für notwendig erachtet. Es werde die Frage besprochen, wie weit der neue republikanische Kongreß höhere Einfuhrzölle verlangen werde.

Merseburg und Umgegend.

11. November.

** **Aus der Merseburger Geschäftswelt.** Die Firma Franz Julius Keil ist laut handelsgerichtlicher Eintragung auf den Kaufmann Richard Preller in Merseburg ohne Übernahme der Forderungen und Verbindlichkeiten übergegangen. — Bei der bisherigen offenen Handelsgesellschaft A. W. Haase Zweigniederlassung in Merseburg wurde handelsgerichtlich eingetragen, daß die Firma aufgelöst wurde und die Firma erloschen ist. — Der Reihe der Geschäftseröffnungen hat sich eine weitere angeschlossen, indem Malermeister Hermann Köhler in dem Malerlichtlichen Fabrikgebäude in der Halleschen Straße 37 ein Maler-, Lackierer- und Firmenschildergeschäft eröffnet hat.

** **Fahrplanänderung bei der Elektrischen.** Die Merseburger überlandbahnen haben laut Bekanntmachung in dieser Zeitung folgende Fahrplanänderungen in diesen Tagen eintreten lassen: An Sonn- und Feiertagen fährt der Abendzug 11,20 Uhr von Halle nach Merseburg mit nur einmaligem Halten in Schkopau (am Raben) bis nach Merseburg durch. Der an diesen Tagen verkehrende zweite Zug abends 11,20 Uhr von Halle nach Ammendorf hält an allen Haltestellen. — Auf der Linie Merseburg-Dürrenberg verkehren die Abendzüge vom 7. November 1920 ab wie folgt: ab Merseburg statt 9,51 um 10,10 Uhr, ab Merseburg statt 10,40 um 10,58 Uhr, ab Fahrendorf statt 10,30 um 10,45 Uhr.

** **Martinstag.** In den Jahren vor 1914 war der Versuch gemacht worden, die alten Bräuche des Martinstages, den Mummenschanz und die Umzüge, in veredelter und moderner Form wiederzugeben, und manche Erfolge waren damit erzielt. Denn der heilige Martin war in ganz Deutschland, wenn er auch von Geburt ein Ungar und Bischof von Tours war, doch nur, immer ein volkstümlicher Mann gewesen. Sein Gemüt stand dem deutschen Wesen nahe. Am nächsten kam uns sein Tag durch die gebratene Martinsgans. Die ist untergegangen, wenn auch manche Bratpfanne umsonst auf sie wartet. Der Wundermann Martin erhört vielleicht auch die stillen Bitten der deutschen Hausfrauen.

** **Pachteinigungsämter.** Der von der Landwirtschaftskammer eingesetzte Ausschuß für Buchführung und Wirtschaftsberatung hat unter Zuziehung von Vertretern aus den Kreisen der Verpächter und Pächter Richtlinien für die Entscheidung der Pacheinigungsämter aufgestellt, die von der Landwirtschaftskammer zum Preise von 35 ℳ je Stück einschließlich Porto bezogen werden können.

** **Kriegsanleihe und Reichsnotopfer.** Amtlich wird erklärt, daß die Frist, bis zu welcher selbstgezeichnete Kriegsanleihe zum Vorzugskurse auf das Reichsnotopfer in Zahlung gegeben werden könne, nicht über den 31. Dezember d. J. hinaus verlängert werden würde.

** **Wer durch Weihnachtsarbeiten** seinen Lieben eine Überraschung bereiten will, tut gut, sie beizeiten in Angriff zu nehmen, besonders, wenn sie nach auswärts versandt werden sollen. Wir wissen vom Vorjahre, wie große Verkehrshindernisse sich einstellten. Und die Handwerker, welche die Weihnachtsarbeiten fertig zu stellen haben, sind auch in der Lage ihrer Mehrmarkenleistung bekommen. Auch die Geschäfte unserer Stadt rüsten schon zum geschenkfrohen Weihnachtsfest, und schon kann man in diesen Tagen sehen, wie die einzelnen Ausstellungsläden besonders der Spielwarengeschäfte von den Kleinen und Großen umstanden werden, die Kleinen wünschenden, die Großen wägenden Sinnes. Besonders das Elsterliche Geschäft am Entenplan ist in den letzten Tagen nicht leer geworden von Alten und Jungen und Kleinsten, die sich die hübsche Ausstellung vort immer wieder ansehen. Möge uns allen aber der Weihnachtsmann endlich und frühzeitig genug noch einen Sturz der fabelhaften Preissteigerung bringen, damit wenigstens ein Teil der sehnsüchtigen Wünsche von groß und klein zum schönsten deutschen Hausfest in Erfüllung gehen kann.

** **Geflügeluntersuchungen.** Bei dem jetzigen großen Wert unseres Nutzgeflügels müssen Krankheiten und Seuchen besonders ganz besonders zielbewußt bekämpft werden. Die Landwirtschaftskammer weist daher erneut darauf hin, daß Untersuchungen von verendetem Geflügel in ihrem Bakteriologischen Institut zu Halle, Freimfelder Straße 68, vorgenommen und entsprechende Ratschläge erteilt werden. Die Sendungen sind mit einem kurzen orientierenden Vorbericht direkt postfrei an das Institut zu senden. Das Institut zu richten. Zur Unterrichtung über die häufigsten Geflügelkrankheiten gibt das Institut Merkblätter ab zum Preise von 50 ₰ je Stück, desgleichen über Maßnahmen zur Stallbeseinfektion. Der Betrag ist nebst 10 ₰ Porto in Briefmarken im voraus einzusenden.

** **Provinzialsteuern.** Gemäß § 28 des Kreis- und Provinzialabgabengesetzes vom 22. April 1906 veröffentlicht der Provinzialausschuß der Provinz Sachsen im Amtsblatt der hiesigen Bezirksregierung den vom Provinzialausschusse festgestellten Verteilungsplan der für das Rechnungsjahr 1920 aufzubringenden Provinzialsteuern, deren Höhe vom 32. Provinziallandtage auf 50 v. H. der umlagefähigen Steuern festgesetzt worden ist. Hiernach hat der Kreis Merseburg an Provinzialsteuern aufzubringen 280 068,26 ℳ, der Kreis Querfurt 215 062,93 ℳ, der Saalkreis 238 121,57 ℳ, der Stadtkreis Halle 710 862,28 ℳ, der Kreis Delitzsch 230 183,77 ℳ, der Kreis Weißenfels-Land 201 275,36 ℳ, der Kreis Weißenfels-Stadt 94 769,15 ℳ, der Kreis Zeitz-Land 100 557,60 ℳ und der Kreis Zeitz-Stadt 105 875,50 ℳ. Der ganze Regierungsbezirk Merseburg hat an die Provinz zu zahlen 3 847 720,50 ℳ, der Regierungsbezirk Magdeburg 4 046 588,99 ℳ und der Regierungsbezirk Erfurt 1 543 794,76 ℳ. Die drei Regierungsbezirke zusammen zahlen 9 438 104,65 ℳ Provinzialsteuern.

** **Ein neuer Markschein.** An den nächsten Tagen kommt ein neuer Darlehnskassenschein im Werte von einer Mark in den Verkehr. Der neue Schein unterscheidet sich vom alten durch die Größe und durch die Farbe. Er ist einige Millimeter kürzer als der jetzt im Kurse befindliche, hat aber die gleiche Höhe. Die Grundfarbe der Vorderseite ist ein gelbliches Grün. Das Mittelstück zeigt die Wertangabe 1 Mark. Darüber in gerader Schrift „Darlehnskassenschein Eine Mark" und ganz oben im Feld in roten Ziffern die Kontrollnummer. Von gleicher Farbe ist links der Stempel der Reichsschuldenverwaltung mit dem neuen deutschen Adler. Die Rückseite ist bläulich-grün und zeigt wieder im Mittelstück eine 1, rechts und links in den Ecken die Bezeichnung „Eine Mark" und noch einmal in schwarzen Feldern der Zeichnung die Wertangabe.

** **Vorsichten für Warensendungen.** In Ergänzung des Gesetzes vom 25. Juni d. J. bestimmt eine im „Journal Officiel" veröffentlichte französische Verordnung, daß aus dem Rechnungsbrief über Sendung nach Frankreich noch hervorgehen muß, ob der Verkäufer der Ware im Ursprungsland der Ware ansässig ist und ob der Verkauf auch in diesem Lande selbst getätigt worden ist.

** **Deutsche Geschäftsreisende.** Deutsche Geschäftsreisende, die sich nach Frankreich begeben, müssen sich außer dem üblichen Reisepaßvermerk der zuständigen französischen diplomatischen oder konsularischen Vertretung im Auslande noch eine besondere Erlaubniskarte für Geschäftsreisende beschaffen, die ebenfalls von dem für den Wohnort zuständigen französischen Konsulat ausgestellt wird. (Französisches Gesetz vom 8. Oktober 1919.)

** **Erhebung der Einkommensteuer.** Der Reichsfinanzminister hat vor längerer Zeit eine Anweisung an die Landesfinanzämter erlassen, in jeder Weise Sorge zu tragen, daß die vorläufige Veranlagung unterlegen, in erster Linie und mit größerer Beschleunigung durchgeführt wird. Diese Arbeiten sind denn auch inzwischen fast durchweg zum Abschluß gelangt. Auch hat bereits in den meisten Gemeinden des Reichs die Erhebung der vorläufigen Einkommensteuer eingesetzt. Der Kaufmann, der Rentner, der Landwirt und alle, die feinen Lohn erhalten, haben also auf ihre Einkommensteuer für 1920 Abschlagszahlungen an die zuständige Steuerkasse zu entrichten. Es handelt sich aber wohlgemerkt in allen diesen Fällen wie auch beim Steuerabzug vom Arbeitslohn nur um Abschlagszahlungen. Die endgültige Steuer für 1920 kann erst festgestellt werden, nachdem das laufende Jahr zu Ende ist und die Steuerbehörde übersehen kann, was der Steuerpflichtige verdient hat. Es liegt auf der Hand, daß die Prüfung des Einkommens eines Kaufmanns, Landwirts usw. viel schwieriger ist und viel mehr Zeit und Mühe erfordert, als die Prüfung des Einkommens eines Beamten, Arbeiters oder sonstigen Festbesoldeten. Durch die im ganzen Reiche für jeden Steuerbezirk vom Organen der Selbstverwaltung neu gewählten Ausschüsse, die alle Berufskreise umfassen und die bei der Veranlagung mitwirken, ist die Gewähr gegeben, daß auch das Einkommen der freien Berufe nötigenfalls durch Schätzung erfaßt wird. Schon jetzt wird man sagen können, daß auf die vorläufige Einkommensteuerfestsetzung von den Personen, die nicht dem Lohnabzug unterliegen, noch sehr erhebliche Nachzahlungen zu leisten sein werden. Es empfiehlt sich daher, rechtzeitig entsprechende Steuerreserven zurückzulegen, damit nicht bei der endgültigen Zahlung Schwierigkeiten entstehen.

** **Die Heizung der Eisenbahnzüge.** Vor einigen Tagen hatte, wie berichtet, die Eisenbahndirektion Berlin bekanntgegeben, daß auch in diesem Winter nur mit einer sehr bescheidenen Heizung der Eisenbahnwagen zu rechnen ist. Jetzt teilt nun die Eisenbahndirektion Halle folgendes mit: „Der Mangel an Heizschlüssen und der unbeschreibende empfindliche Mangel an Kohlen erfordern zur Herabminderung des Kohlenverbrauchs leider auch in diesem Winter eine Einschränkung der Zugheizung soweit es irgend angängig ist. Der Heizettraum wird, wie im Vorjahre, auf die Zeit bis zum 31. März 1921 festgelegt. Die in den Abteilen anzustrebende Wärmegrade sollen nicht mehr wie 10—12 Grad Celsius betragen. Von der Heizung der Stadtbahn-, Vorort-, Arbeiter-, Werkstätten- und Nebenbahnzüge sowie der Triebwagen muß vollständig abgesehen werden. Auch in den Fernzügen wird nicht immer auf ausreichende Heizung wie in Vorkriegszeiten gerechnet werden dürfen. Die Reichseisenbahnverwaltung rechnet dabei an das reisende Publikum die Bitte, sich bei Eintritt kälteren Wetters ausreichend mit Schutzdecken und Winterschutzkleidung zu versehen." Nach dieser Mahnung wird also das Reisen auch in diesem Winter nicht zu den Annehmlichkeiten gehören.

** **Die Vergasung der Braunkohle — ein Preisausschreiben.** Auf Anregung der Mitteldeutschen Ausstellung wird der Verein deutscher Gas- und Wasserfachmänner demnächst ein Preisausschreiben erlassen, das die beste technische Form zur Gasgewinnung aus Braunkohle treffen soll. Die Notwendigkeit der Braunkohlenvergasung liegt in unserer Steinkohlennot begründet. Die Ergebnisse des Preisausschreibens sollen auf der Mitteldeutschen Ausstellung gezeigt werden.

** **Scharfe Kontrolle der Wanderlager durch die Behörden.** Da die Behörden, die Finanzämter, Polizeibehörden usw. bei den Inhabern von Wanderlägern einerseits mit den den Steuervorschriften insbesondere mit denen über die Umsatzsteuer nicht allzugenau nehmen, andererseits sich im großen Umfange mit der Verwertung von Diebesgut beschäftigen, hat sich, wie die „Textil-Woche" erfährt, der preußische Landesminister veranlaßt gesehen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Wanderlager eine scharfen behördlichen Kontrolle zu unterwerfen und in geeigneten Fällen die Herkunft der Waren polizeilich nachprüfen zu lassen. Jedoch wird von den Finanzämtern eine ordnungsgemäße Heranziehung der Wanderlager zu den Steuern herbeizuführen. Diese Kontrolle wird von den Organen der Regierungspräsidenten im Verbindung mit den Gewerbeschaumeistern vorgenommen werden.

** **Bekämpfung der Bisamrattenplage.** Der aus vorliegende Geschäftsbericht des Fischereivereins für die Provinz Sachsen und Anhalt über das Jahr 1919/20 bringt u. a. folgende beachtenswerte Ausführungen: Bedrohlich nahe rückt die Bisamratte. Von Böhmen ist sie bis in den Neustädter Bezirk (Zähringer Saalegebiet, im Freistaat Sachsen bis Glauche vorgedrungen. Aus der Pürchen haben sich seit 1885 angesäßte Tausende entwickelt. Fischerei und Wasserbau, Teiche und Deiche sind gefährdet. Der Bekämpfungsdienst in Sachsen, für den wir nur dankbar sein können (die Kosten betrugen bisher 83 000 ℳ), scheint sich bewährt zu haben. Dort sind von den zehn angestellten Bisamrattenjägern und von Privaten bislang 256 Ratten erlegt worden.

** **Kriegergräberfürsorge.** Trotz der schlechten Finanzlage des Reiches ist die Reichsregierung bemüht, den Kriegergräbern des Weltkrieges eine einfache, aber würdige dauernde Pflege zuteil werden zu lassen. Es wird hierbei kein Unterschied zwischen deutschen und treuen Soldaten gemacht. Jedes Grab hat ein Grabzeichen erhalten. Ausgegeben sind über fünf Millionen Mark für die Instandsetzung der Gräber und den Erwerb des Grund und Bodens. In Deutschland ruhen 80 000 Deutsche und 19 000 Russen, ferner 30 000 verstorbene Kriegsgefangene. Die geringe Zahl der verstorbenen Gefangenen ist der beste Beweis für die gute Behandlung Kriegsgefangener in Deutschland. Wenn man bedenkt, wie hoch die Zahl der Gefangenen und unter der Sterblichkeitsziffer in Ententelagern gewesen ist.

** **Warnung vor falschen Demobilmachungsbeamten.** Es ist in letzter Zeit mehrfach vorgekommen, daß Unbefugte sich als Beauftragte des Demobilmachungsausschusses ausgegeben, und das Recht der angeblichen Prüfer des Demobilmachungsausschusses, Feststellungen über Arbeitsverhältnisse zu treffen, ausgeübt haben. Es wird bekannt gemacht, daß die Prüfer des Demobilmachungsausschusses sämtlich durch eine grüne, mit Lichtbild, Stempel und Unterschrift des Magistratsbezirksamtes versehene Ausweiskarte legitimiert sind, die auch einen Abdruck der Vorschriften enthält, die die Prüfer berechtigen, Auskunft zu verlangen. Es wird gebeten, Personen, die ohne Vorweisung einer solchen Ausweiskarte Auskünfte verlangen, zurückweisen, und wegen unbefugter Amtsanmaßung der Polizei oder dem Demobilmachungsausschuß zu melden. Die echten Prüfer sind übrigens bei Vermeidung gerichtlicher Strafe zur Geheimhaltung der ihnen gemachten Angaben verpflichtet. Wer einem Nichtlegitimierten, also Unbefugten, Auskunft erteilt, kann daher auch auf Geheimhaltung nicht rechnen.

** **Die Klaviersteuer zulässig.** Die Finanzämte haben eine Anzahl Städte veranlaßt, neben anderen Steuern auch eine Klaviersteuer zu beschließen. Der Bezirksausschuß hat sich jedoch dieser Steuer ablehnend gegenübergestellt, weil er meint, daß sie vielleicht gerade die Schichten, die in ihrem Lebensniveau durch die Entwicklung der Zeit stark hinabgedrückt sind, am meisten treffe, und weil er aus bestimmten Gründen für ungesetzlich hält. Etwa zehn Städten ist schon vom Bezirksausschuß die Genehmigung zur Einführung der Klaviersteuer versagt worden. Mehrere Gemeinden haben sich daraufhin an den Provinzialrat in Magdeburg gewendet, und der hat in seiner letzten Sitzung entschieden, daß der Klaviersteuer als Gemeindesteuer keine gesetzlichen Bedenken entgegenstehen.

** **Sachgemäße Anlage von Heizungsvorrichtungen.** Der außerordentliche Mangel an Kohle macht eine möglichst sparsame Verwendung und weitestgehende Ausnutzung der verfügbaren Brennstoffe erforderlich. Voraussetzung dazu ist die technisch zweckmäßige Ausbildung der Feuerstätten. Der Minister für Volkswohlfahrt hat daher die Bezirkswohnungskommissare angewiesen, ihr Augenmerk in erhöhtem Maße auf die technische Zweckmäßigkeit vorhandener und neuer häuslicher Feuerstätten zu richten und Aufklärung über Ausführung, Pflege und Bedienung von Öfen und Herden in Berufs- und Laienkreisen zu verbreiten. Dabei sollen die örtlichen Besonderheiten der Heizungseinrichtungen eingehende Beachtung finden. Um praktische Anregungen zu gewinnen, sollen ortsansässige Ofensetzer, Schornsteinfeger und Brennstoffhändler zu Beratungen zugezogen werden.

** **Betrug mit Margarine.** In letzter Zeit wurde mehrfach festgestellt, daß gewissenlose Menschen die Margarine in Stücke zerschnitten und dann — öfters auch mit Butter vermischt — als Naturbutter zu hohen Schleichhandelspreisen in den Handel brachten. Zur Warnung sei mitgeteilt, daß das Formen der Margarine in andere als Würfelform und ihr Vermischen mit Butter verboten und mit ganz erheblichen Strafen bedroht ist.

** **Nebel und Reif,** ein Geschwisterpaar, das sich immer im November zu zeigen pflegt, haben ihre Visitenkarte bei uns abgegeben. Nicht nur am Morgen liegen grene Schleier über der Stadt, die der Sonne lange den Zutritt wehren, auch an den Abenden schon fallen Nebel ein. Der Anfang der Woche brachte uns einen mächtigen Nebelsag. Am Dienstag aber hatte es auf, ein blauer Himmel leuchtete freudbem wieder über der Stadt und die Sonne sandte freundliche Strahlen, aber sie entbehren der segenspendenden Wärme. Den Vorschuß, den heuer das Frühjahr uns mit so fröhlen Tagen gewährte, hat die Natur uns haushälterisch im Herbst wieder in Abzug gebracht, denn schon im September hatte, einige warme Tage abgerechnet, die Kraft des scheinbar reifenden Tagesgestirns nachgelassen.

** **Warum die Ausgabe von Zeitkarten bei der Elektrischen Merseburg-Dürrenberg nicht möglich ist.** Zu der im „Merseburger Korrespondent" Nr. 249 vom 3. November 1920 gestellten öffentlichen Anfrage wird uns von der Direktion der Überlandbahnen folgendes mitgeteilt: Die Einführung von Arbeiter-Wochenkarten (und auch Monatskarten) auf der Strecke Merseburg—Dürrenberg ist untunlich, weil die Bahn den dadurch bedingten Massenverkehr nicht aufzunehmen imstande ist. Es liegen durch die bei den Leunawerken beschäftigten Tausende von Angestellten und Arbeitern ganz außergewöhnliche Verhältnisse vor, denen die Staatsbahn durch Herstellung einer neuen Bahn von Merseburg nach Rössen, sowie durch Einstellung besonderer Arbeiterzüge und Schaffung einer Haltestelle Leuna Rechnung getragen hat. Der Überlandbahn würden weder die Betriebsmittel noch das nötige Personal zur Bewältigung eines solchen nur zeitweise auftretenden Massenverkehrs, den sie bei Ausgabe von Zeitkarten zu übernehmen verpflichtet wäre, zur Verfügung stehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201111-10/fragment/page=0002

** Zweiter Operettenabend des Eisenbahn-Vereins. Der außerordentlich starke Besuch, den der von dem Eisenbahn-Verein veranstaltete zweite Operettenabend aufwies, zeigt, wie sehr ein Theater am Platze vermißt wird. Die Operette „Egon und seine Frauen" von dem Wiener Komponisten Ascher ist hier schon von den Aufführungen im Tivoli-Theater her bekannt. Die gefällige Musik mit den vielen Liedern und Duetten gibt der Operette einen guten Anstrich. Die Durchführung lag in den bewährten Händen der Mitglieder des früheren Tivoli-Theaters. Direktor Dechant gab die Titelrolle des Don Juan und holte heraus, was aus der Bombenrolle zu machen war. Das Zusammenspiel mit seiner Gemahlin (Anna) rief die größten Heiterkeitsausbrüche hervor. Die Therese fand in Gläre Glaß eine gute Darstellerin, die jedoch Emmy Mosers nicht ganz erreichte. Der Fritz (Frl. Jakobs) ließ es an der nötigen Frechheit auch nicht fehlen. Von den unbekannten Darstellern seien besonders lobend erwähnt der Schirmfabrikant, der Redakteur der Cierhöfe und der Graf. Sie machen sich sämtlich um das gute Gelingen des Abends verdient. Die kleine Hauskapelle strengte sich an, kam aber mit der Lauerlire gegen das unterhaltungslustige Publikum nicht zur Wirkung. — Hoffentlich läßt der Eisenbahnverein, angespornt durch den Erfolg des gestrigen Abends, bald weitere Theaterabende folgen, damit es uns leichter wird, die theaterlose Zeit zu überwinden, die hoffentlich auch einmal ein Ende finden wird.

** Bei den internationalen Ringkämpfen in der Funkenburg fielen gestern abend folgende Entscheidungen: Der vorzügliche Düne Erikson rang mit dem ungestümen Amerikaner Godsch 30 Minuten ohne Resultat. Beide Ringer wurden für die schöne Leistung reichlich applaudiert, ein Zeichen, daß das Merseburger Publikum für guten Sport auch Verständnis hat. Von vornherein auf verlorenen Posten stand Maschek-Kiel gegen den Mittelgewichtsmeister Diesse. Immerhin konnte er sich dank seiner vorzüglichen Brücken 14 Minuten halten, fiel dann aber durch verbotenen Armfallgriff am Boden. Im letzten Treffen warf der Europameister Ullmann den Türken Ogli nach 1 Stunde 7 Minuten Gesamtzeit durch Überstützen. Der Türke, der anscheinend ein Ringer der orientalischen Kampfarten ist, mußte vom Kampfleiter wiederholt verwarnt werden. Heute ringt er dem auch gegen den Amerikaner im freien Kampf, wobei alle Griffe erlaubt sind. Außerdem Vorkampf Diesse gegen Maschek, sowie das Treffen Erikson-Dänemark gegen Ullmann, Europameister.

** Lichtbildervortrag heute in der Altenburger Kirche. Kommenden Sonntag, abends 8 Uhr, wird in der Altenburger Kirche ein Lichtbildervabend stattfinden, der das Gebäude eines Gottesdienstes tragen soll. Im Hinblick auf das bevorstehende Totenfest sind Bilder ausgewählt, die von der Macht des Todes, aber auch von den Lebensmächten, die den Tod überwinden, reden. Künstler, wie Holbein mit seinem Totentanz, Rembrandt, Meibel und Klinger werden vertreten sein. Neben der Malerei kommt aber auch die Musik zu Worte. Chorlieder und Einzelgesänge gelangen zum Vortrag. Im Unterschied zu früheren Lichtbildervabenden sind diesmal Schriftlesungen sowie eine kurze Ansprache vorgesehen. Hoffentlich findet auch diese Veranstaltung, sowie es bisher der Fall war, Beachtung und freudige Aufnahme in der Gemeinde. Der Vormittagsgottesdienst fällt für diesmal aus.

** Baugenossenschaft Eigenheim Merseburg. Im Anzeigenteil der heutigen Zeitung ist die Einladung der Genossenschaft zur diesjährigen Generalversammlung enthalten, die am Montag den 22. November dieses Jahres, abends, im Reichsadler hier abgehalten wird. Neben einer wichtigen Tagesordnung ist für die Versammlung auch ein interessanter Vortrag des Vorsitzenden der Ortsgruppe Merseburg des Bundes deutscher Bodenreformer, Oberpostsekretär Gohse, vorgesehen. Auf die Anzeige sei besonders hingewiesen.

** Handwerker, Kaufleute und Gewerbetreibende seien besonders auf den im Anzeigenteile der heutigen Zeitung angekündigten Steuerberatungs- und Buchführungskursus hingewiesen, der auf Veranlassung der einschlägigen Organisationen am Dienstag den 16. November im Casino hier beginnt.

** Der Einheitsverband der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen Deutschlands, e. V., hält vor 14. bis 17. d. M. in Erfurt eine Gesamttagung aller ihm angeschlossenen Kreis- und Provinzialverbände ab. Organisationsfragen, das neue Reichsversorgungsgesetz und wichtige Tagesfragen stehen zur Erörterung.

*

Ein Nabeltag zugunsten der Grenzspende.

Von der Arbeitsgemeinschaft für die Volksabstimmung des Kreises Merseburg, Leunawerke, wird uns mitgeteilt, daß das am vergangenen Sonntag ausgefallene Platzkonzert der Reichswehr-Kapelle nunmehr am Sonntag den 14. d. M., vormittags 11 bis 12 Uhr, auf dem Marktplatz stattfindet. In Verbindung damit wird ein Nabeltag zugunsten der Grenzspende veranstaltet.

*

Deutsch-evangelischer Frauenbund.

Gestern abend fand in Müllers Hotel ein Vortragsabend statt, zu welchem der Deutsch-evangelische Frauenbund die evangelischen Frauen und Mädchen von Merseburg eingeladen hatte. Pastor Bithorn sprach über:

Die künftigen Rechte und Pflichten der deutschen Frauen in der evangelischen Kirche.

Er ging in der Behandlung der Frage aus von dem Standpunkt Luthers, daß alle Christen wahrhaft geistlichen Standes seien. Jeder sei ein Priester, gleichviel ob Mann oder Frau. In der Theorie wurde diese lutherische Forderung stets anerkannt, nicht aber in der Praxis. Die neue Kirchenverfassung will nun mit dem Standpunkt des allgemeinen Priestertums Ernst machen. So kann bei den bevorstehenden Wahlen jedes männliche und weibliche Gemeindemitglied, das über 24 Jahre alt ist und sich hat

in die kirchliche Wählerliste eintragen

lassen, an der Wahl teilnehmen. Die Eintragung geschieht, wenn die Anmeldeliste ausgefüllt und abgegeben worden ist. Für die Wahl in den Gemeindevertretern bestehen gewisse Einschränkungen. Die kirchlichen Körperschaften üben eine Reihe von Rechten aus, von denen das der Pfarrerwahl mit das bedeutendste ist, denn hier hat sich die Urteilsfähigkeit der Gemeinde zu zeigen. Während die kirchliche Privattätigkeit bis jetzt jeder Frau gestattet war, steht ihr das Recht des Amts wegen zu. Freilich steht das deutsche Volk in bezug auf solche Befugnisse vor großen Entäuschungen. Die Beteiligung an den letzten politischen Wahlen und die Zusammensetzung der Parlamente zeigen, daß die Frauen nicht die Rolle spielen, die sie hätten spielen können. Das Entscheidende leisten doch immer die Männer. Das bloße Recht tut es eben nicht; es gehört dazu der rechte Geist zur Ausnutzung der Verfassung. In jedem Rechte steckt eine ernste Pflicht, besonders im kirchlichen Leben. So gilt es zuerst, sich überhaupt in die Wählerliste eintragen zu lassen. Was ist dann von dem Einsatz der Frauen zu erwarten? Soll ihre Mitarbeit von Bedeutung sein, so müssen sie mehr leisten als die Männer. Sie sollen Fortsammelnden in das kirchliche Leben hineinbringen. Vor allem ist der Sinn für die Kirche zu heben. Der Protestant steht zu ihr anders als der Katholik. Letzterem ist die Kirche der Inbegriff des Reiches Gottes auf Erden. Uns Evangelischen ist sie nur Mittel zum Zweck. Auch ist das Kirchengehen noch kein Gottesdienst an sich, sondern ein Mittel zur Frömmigkeit. Die Hauptsache bleibt, daß das Leben ein wahrer Gottesdienst ist. Damit wird die Kirche nicht etwa überflüssig; ein Volk ohne solche Mittel kann nicht christlich sein. Wie die Seele den Leib, so bedarf das religiöse Leben bestimmter Formen. Darum gilt es, die Einrichtungen der Kirche zu gebrauchen. Hier ist nun gerade die Frau ihrer ganzen Anlage nach berufen, echte evangelische Frömmigkeit zu pflegen. — Im Gegensatz zur katholischen Kirche fehlt es uns Evangelischen an der rechten Einheit, die durch den Weltkrieg nur noch mehr Einbuße erlitten hat. Freilich: Einheit bedeutet nicht Einförmigkeit. Nur keine öde Gleichmacherei im religiösen Leben! Hier gilt es, zwischen strenger Undulsamkeit und gleichgültiger Bequemlichkeit den rechten Weg zu finden. Das höchste Maß von Glaubenskraft muß zusammengehen mit dem höchsten Maße der Duldsamkeit. Die neue Religionswissenschaft betont, daß im Religiösen neben dem Verstande auch Gemüt und Willen ihr Recht haben müssen. Dieses Bindeglied kann uns zur rechten Einheit bringen; denn schließlich kommt es ja nicht auf die Ansichten, sondern auf die Absichten des Einzelnen an. Mit dem Blick des Glaubens und der Liebe soll man nicht das Trennende, vielmehr das Einigende sehen. Wenn der Protestantismus diesen Weg beschreitet, dann wird er ein großer Segen für die Menschheit werden. Wieder ist es die Frau, die bei tieferer Gesinnungslage hier Großes leisten kann. Sie kann aber auch im Hinblick auf die gesellschaftlichen Unterschiede manches Gute stiften, weil sie in ungeteiltem Zeitgefühl anders auftreten kann als mancher Mann. Endlich kann die Frau Großes wirken in der Hebung der kirchlichen Sitte. Es gilt, unsere evangelischen Gottesdienste anschaulicher, volkstümlicher zu gestalten. Der Musik einen größeren Raum zu gewähren, ist ein solches Mittel. Im Hause kann die Frau eine Atmosphäre schaffen, aus der höheres Leben emporsprießt. In der Pflege der Gemütsworte hat das Haus der Kirche zu helfen. Wie kann die Hausfrau schon durch ihre ganze Erscheinung am Sonntagmorgen rechte Sonntagsstimmung erwecken. Die weihevolle Haltung der Mutter wirkt tief auf das Kind ein. Auch auf einfache, gehaltvolle Weihnachtsfeiern ist zu achten, damit dieses schönste aller Familienfeste nicht zum Jahrmarkt werde. So bleibt der Frau im kirchlichen Leben viel zu tun übrig. Erfüllt sie ihre Aufgabe, so wird daraus großer Segen für Kirche und Vaterland hervorgehen.

Die Vorsitzende, Frl. Hahn, dankte dem Redner für die gehaltvollen Ausführungen. In einer kurzen Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß es bei den kirchlichen Wahlen weniger auf die Menge der Wähler ankomme, als vielmehr darauf, daß die Wähler und Wählerinnen zu tatkräftiger Mitarbeit bereit seien. b.

*

Die Jahresversammlung des Kirchlichen Vereins des Neumarktes,

die Dienstag abend im „Merseburger Raben" stattfand, war von Vereinsmitgliedern und Gästen erstaunlich besucht. In gewohnter Weise eröffnete Pastor Voit die Versammlung mit Verlesen und Erklärung eines Schriftabschnittes, des 46. Psalms. Darauf erstattete er den Jahresbericht. Die Arbeit des Vereins ist auch im letzten, Ende September, abgeschlossenen Vereinsjahre noch nicht in vollem Umfange aufgenommen worden: nur zwei Monatsversammlungen fanden statt, außerdem wurde für Kriegswaisenkinder eine Weihnachtsbescherung veranstaltet, bei der 10 Kinder vom Verein bedacht wurden. Daneben hatte die Frauenhilfe noch 14 Kindern und 16 alleinstehenden älteren Männern und Frauen der Gemeinde eine Weihnachtsfreude bereitet. In dem jetzt neu begonnenen Vereinsjahre sollen regelmäßig die Monatsversammlungen abgehalten werden, und in der ersten Hälfte des Monats am Dienstag abend im „Merseburger Raben" stattfinden. Ende Februar soll ein Familienabend veranstaltet werden, für den Sommer sind ein gemeinsamer Familienausflug und ein Familiennachmittag geplant. Dem Schatzmeister wurde Entlastung erteilt, der Vorstand wiedergewählt, die bisherigen Verträge für den Evangelischen Bund, den Gustav-Adolf-Verein und den Kindergottesdienst weiter bewilligt. Darauf hielt Pastor Voit den angekündigten Vortrag über die Bedeutung der nächsten Kirchenwahlen. Er ging aus von der vor zwei Jahren eingeleiteten Umwälzung unserer staatlichen Ordnung, die auf die kirchlichen Verhältnisse stark eingewirkt habe. Der Wegfall des landesherrlichen Kirchenregiments, die Ausschaltung der Verbindungen zwischen Kirche und Staat haben der Kirche größere Freiheit und Unabhängigkeit gebracht und das Recht, selbständig ihre Angelegenheiten zu ordnen und sich eine neue Verfassung zu geben. Das ist die Hauptbedeutung der nächsten Kirchenwahlen, daß die daraus hervorgegangenen kirchlichen Körperschaften die Aufgabe haben, eine Verfassungsordnung der Kirchenversammlung der Landeskirche zu wählen haben. Zum erstenmal werden diesmal auch Frauen an den Kirchenwahlen sich beteiligen und in die kirchlichen Gemeindekörperschaften gewählt werden können und damit neue Rechte und Pflichten erhalten; auch die Verhältniswahl wird zur Anwendung kommen. Pastor Voit teilte die von den bisherigen abweichenden Bestimmungen des kirchlichen Wahlgesetzes vom 14. Juni 1920 und der dazu erlassenen Wahlordnung mit und erläuterte dieselben. Eine lebhafte Besprechung schloß sich an seine Ausführungen an. In der nächsten Monatsversammlung soll im Verein die Wahlvorbereitung begonnen und Wahlvorschläge aufgestellt werden. Gegen 11 Uhr schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

*

Umsatzsteuer bei Versteigerungen.

Man schreibt uns: Es wird darauf hingewiesen, daß seit Inkrafttreten des Umsatzsteuergesetzes vom 24. Dezember 1919 Lieferungen, die auf Grund einer Versteigerung erfolgen, unbeschadet der eigenen Steuerpflicht des Versteigerers wegen seiner Tätigkeit auch dann steuerpflichtig sind, wenn der Auftraggeber eine selbständige gewerbliche Tätigkeit nicht ausübt (§ 1 des Gesetzes). Bei den in Frage kommenden Versteigerungen ist die Steuererklärung in zweifacher Ausfertigung vom Versteigerer innerhalb zweier Wochen nach jeder Versteigerung bei dem für den Versteigerer zuständigen Umsatzsteueramte, im vorliegenden Falle für Versteigerer aus dem Stadtbezirk, bei dem Finanzamt in Merseburg einzureichen. Die Steuererklärung hat die Gesamtheit der in der Versteigerung vereinnahmten Entgelte in entsprechender Anwendung der §§ 157 und 202 der Ausführungsbestimmungen zum Umsatzsteuergesetz zu enthalten. Sind Barzahlungen (§ 15 II 1, 2, 3, 5 und § 15 II 1, 6, 8, 10, 22 und § 21 I, 2, 3) vorgenommen worden, so sind die Angaben für diese getrennt von den Angaben für die der allgemeinen Umsatzsteuer unterliegenden Gegenstände zu machen. Die Steuer ist gleichzeitig mit der Abgabe der Erklärung zu entrichten. Vordrucke zu Steuererklärungen sind im städtischen Steueramt, altes Rathaus, Zimmer 3, kostenlos zu haben. Auch können die Erklärungen mündlich an Amtsstelle erfolgen.

*

Tageskalender.

Donnerstag: Privattheater-Verein „Tannhäuser" Theaterabend im Tivoli, das dieraktige Schauspiel „Am Fortshaus". — Verein ehemaliger 36er Versammlung im Vereinslokal An der Geiseltal 8. — Reichsbund der Kriegsbeschädigten Monatsversammlung im Tivoli. Kieseretzverein Alteeausgabe Donnerstag und Freitag, Hallesche Straße 73.

---

§ **Klein-Gräfendorf,** 11. Nov. Zur Feier des Reformationsfestes und vor allem des darauf folgenden Kirchweihfestes hatte sich in diesem Jahre eine ganz besonders große Schar von Freunden und Verwandten der Einwohnerschaft eingefunden. Der Gänsebraten hatte natürlich auch die Spitzbuben angelockt, die sich ihren Teil verschafften, noch ehe die Gäste in der Pfanne lagen. Es wurden in der Nacht zum Sonntag dem Gutsbesitzer Fritz von hier vier Schafe und sechs Gänse aus dem Stalle gestohlen. Hierbei war auch der Schafbock des Schäfers Haring aus Cracau. Herr Fritz war bereits im Frühjahr d. J. das Opfer eines Raubüberfalles, und wurden von ihm damals annähernd 4000 M Geld erpreßt.

n. **Ermsleben,** 11. Nov. Auf dem 60 Meter breiten Durchhieb, den die Starkstromleitung nach Leipzig erforderlich gemacht hatte, fand am Dienstag in den Waldungen, die dem Rittergut Ermsleben gehören, die Versteigerung des Brennholzes statt. Von einem Preisdrücken war nichts zu merken. Das Holz fand bei recht hohen Preisen flotten Absatz.

§ **Schkeuditz,** 11. Nov. Nach dem amtlichen Schulblatt für den Regierungsbezirk Merseburg ist dem Schulamtsbewerber Andreas Fiek in Schkeuditz die jederzeit widerrufliche Erlaubnis zur Vertretung und Leitung der von der Lehrerin Mathilde Ernst dieser vertretungsweise geleiteten katholischen Privatschule zu Schkeuditz erteilt worden.

*

Die Maul- und Klauenseuche im Kreise Merseburg

ist nach einer neuen Bekanntgabe des Landratsamts zu Merseburg in weiteren 24 Gehöften festgestellt worden und zwar in den Orten Tragarth, Panitz, Schaffstädt, Lutzen, Wölkau, Pobles, Maschwitz, Fischersdorf, Kötschlitz, Fischen, Fischbergen, Kötschen und Stadt Merseburg (Heinrich Stecher, Lindenstraße). Darunter befindet sich auch der Viehbestand des Ritterguts Tragarth und des städtischen Wasserhofes Lützen. — Das Erlöschen der Seuche ist in weiteren 36 Gehöften, darunter die Rittergüter Altscherbitz, Fischen und Wölkau, festgestellt. Die sämtlichen Gehöfte sind namentlich aufgeführt in dem der gestrigen Nummer des Merseburger Korrespondent beigelegenen Amtsblatt für den Kreis Merseburg.

Wetterwarte.

V. M. am 12. 11.: Wechselnd bewölkt, zeitweise heiter, tags ziemlich mild, keine oder geringe Niederschläge. — 13. 11.: Teils heiter, teils neblig oder wolkig, meist trocken, früh etwas kälter, Tag mild.

Mücheln und Umgegend.

‡ **Leuna,** 11. Nov. Im Jahre 1921 wird im hiesigen Rathause an folgenden Tagen Gerichtstag abgehalten werden: 7. Januar, 4. Februar, 4. März, 1. April, 6. Mai, 3. Juni, 1. Juli, 23. September, 7. Oktober, 4. November und 2. Dezember. Der Gerichtstag findet für die Stadt Leuna und die Gemeinden Dornburg, Hirschroda, Plötzitz und Weissig.

‡ **Querfurt,** 11. Nov. In der Stadtverordnetenversammlung machte Bürgermeister Heinecke die Mitteilung, daß er beabsichtige, daß Querfurt keine Sicherheitspolizei bekommt, weil die Unterkunftsfrage der Mannschaften nicht in zufriedenstellender Weise gerecht werden könnte. — In hiesiger Stadt wurde ein 14-jähriges Mädchen von einem Bigeuner vergewaltigt. In Abwesenheit der Eltern des Kindes kam der Bigeuner in die Wohnung, wo das Mädchen ganz allein war. Der Bigeuner suchte das Kind auf alle mögliche Weise für seine Zwecke zu gewinnen, machte ihm Versprechungen und bedrohte es schließlich mit Erschießen. Als auch dadurch das Mädchen nicht willig wurde, wandte der rohe Patron Gewalt an und knebelte es, indem er ihm ein Taschentuch in den Mund stopfte. Schwer angeschlagen erkrankt liegt das arme Kind jetzt in der Klinik in Halle. Der Bigeuner ist flüchtig. — Am 8. November, nachmittags 3 Uhr, sollten zwei Arbeiter, die von ihrer Krankheit genesen waren, aus dem Krankenhaus entlassen werden. Beim Verlassen des Krankenhauses wurden sie vom Verwalter visitiert, weil ihm die allzu rundliche Beleibtheit der Beiden gegen vorher auffallen war. Beide hatten je drei Hemden und andere Wäschestücke untergezogen und wollten sie so mit wegschleppen. Sie wurden sofort festgenommen.

Turnen — Spiel — Sport.

Die Tabelle der 1. Klasse im Saalegau

zeigt nach den letzten Spielen folgenden Stand:

	gelp.	gew.	unentsch.	verl.	Pkt.	Tore
Olympia	8	6	1	1	13	22:10
Halle 1910*)	8	4	2	2	10	18:11
Ammendorf 1910	8	4	1	3	9	16:14
Spartbrüder	6	4	—	2	8	11: 7
Wacker	7	3	2	2	8	16: 9
Preußen-Merseburg . . .	7	3	1	3	7	12:13
Eintracht	5	3	—	2	6	10:11
Hohenzollern-Merseburg .	6	2	2	2	6	11: 7
Wacker-Zörbig*)	7	2	1	4	5	7:11
Spielvereinigung-Nietleben	7	1	2	4	3	10:19
Sportvereinigung-Halle .	7	—	—	7	—	6:23

*) Schwebt noch Protest wegen des verlorenen 0:2 Spiel Halles am letzten Sonntag.

Gerichtsverhandlungen.

⊥ **Unbesuchte Annahme eines Titels.** Der Arbeiter Hermann K. in Merseburg und ein anderer zurzeit in Merseburg in Untersuchungshaft sich befindender Genosse hatten sich am 29. Mai in den „Drei Königen" in Halle in Schnaps und Wein gütlich getan und waren dann auf der Straße mit einander in Streit geraten, so daß einige Polizeibeamte einschritten. Um sich auszuweisen, daß sie Kriminalbeamte seien, zeigten sie einen Ausweis mit Bild vor, aus dem aber nur hervorging, daß sie zum Gefangenenlager in Merseburg gehörten. Sie waren in Zivil gekleidet, daß sie den Unterrock hätten, einen entflohenen, des Mordes verdächtigen Kaufmann zu verhaften. Als K. zur näheren Feststellung seiner Personalien mit zur Wache sollte, leistete er Widerstand, der aber nach Ansicht des Gerichts nicht allzu heftig gewesen sein dürfte. Das Schöffengericht in Halle erkannte wegen unbefugter Annahme eines Titels und Widerstandes gegen die Staatsgewalt auf eine Geldstrafe von 50 M.

⊥ **Sittlichkeitsverbrechen.** Die Strafkammer in Halle a. S. verurteilte den Schuhmacher Karl Wiederhold aus Burg i. d. Aue zu 3½ Jahren Zuchthaus, weil er sich wiederholt an zwei Schulkindern vergangen hatte. Es ist bereits seine 14. Strafe, seine zweite wegen Sittlichkeitsverbrechens.

⊥ **Der Mörder seiner Tochter.** Das Volksgericht zu München verurteilte den Kaufmann Mayerhauser aus Bad Reichenhall, der im Oktober den Verführer seiner Tochter, den Reisenden Steinberger, in einem Münchener Hotel niederschossen hat, zu der gesetzlichen Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis mit dem Zusatze, daß er der Begnadigung würdig sei.

Handel — Verkehr — Industrie.

= **Der Markturs** notierte am Mittwoch in Zürich 7,72½ Centimes, er ist gegen den vorangegangenen Tag um 0,37½ Centimes gestiegen. In Amsterdam wurden für die Mark 3,30 Cents bezahlt, was gegen den Vortag eine Verbesserung um 0,02½ Cents bedeutet.

= **Kalkwirtschaft.** Die Kohlenversorgung der Kalkwerke, die sich im September ungefähr auf gleicher Höhe gehalten hatte wie im August, ist im Oktober sehr viel schlechter geworden. Ein großer Mißstand ist in der Kohlenlieferung der Werke ist dadurch eingetreten, daß infolge des Stillstandes der Kohlenkommerns die Lieferung von hochwertiger Kohle, auf die besonders die Weißkalkwerke angewiesen sind, immer geringer wird, die als Ersatz in Frage kommenden minderwertigen Brennstoffe wegen Wagenmangels nicht befördert werden. Sollen die auf den regelmäßigen Eingang von gebranntem Weißkalk angewiesenen Eisen- und Stahlwerke, Stickstoffwerke, Ammoniakfabriken, Gasanstalten und andere chemische Industrien nicht durch Kalkmangel zu Betriebseinschränkungen, verbunden mit Arbeiterentlassungen, gezwungen werden, so wird an maßgebender Stelle dafür gesorgt werden müssen, daß den Kalkwerken genügende Mengen hochwertiger Brennstoffe zugeführt werden, falls es nicht möglich ist, die Ersatzbrennstoffe, soweit solche in Frage kommen, in ausreichenden Mengen heranzuziehen. Der von der Kalkindustrie vertretenen und begonnene Preisabbau wird durch die Unzulänglichkeit der Kohlenzufuhr völlig unterbunden. Aber durchaus ungenügende Gestellung von K- und O-Wagen für die Abfuhr des Kalkes wird aus vielen Kalkerzeugungsgebieten lebhafte Klage geführt. Anhaltender Wagenmangel mit Betriebsstockungen bei den Kalkwerken und den Kalkverbrauchern hervor, deren Folgen die Wirtschaftlichkeit der ganzen Unternehmen gefährden können. Zugunsten der deutschen Volkswirtschaft muß unbedingt für ausreichende Wagengestellung gesorgt werden, um so mehr, als eine Bevorratung mit gebranntem Stückkalk infolge seiner Eigenart nicht möglich ist.

Vermischte Nachrichten.

Schwerer Raubüberfall auf einen Kassenboten.

Geyer b. Annaberg, 10. Nov. Der Kassenbote Springsguth der hiesigen Filiale des Chemnitzer Bankvereins ist am Montag nachmittag 3 Uhr, nachdem er bei der Sächsischen Bank in Annaberg 30 000 M abgehoben hatte, auf dem Rückwege zwischen Tannenberg und Geyer in der Nähe der Hofferschen Fabrik von zwei Unbekannten, von denen einer eine Gesichtsmaske trug, überfallen, geknebelt und des Geldes beraubt. Der Geschädigte sollte dann in den nahen Wassergraben geworfen werden. Auf Eintreden des einen Räubers wurde dies unterlassen. Darauf wurde der Überfallene durch einen Schuß am Oberschenkel verletzt. Die Verbrecher entkamen. Ein Mann, der bald darauf des Weges kam, hörte den Verletzten wimmern, befreite ihn aus seiner Lage und holte aus der nahen Hofferschen Fabrik die erste Hilfe. Die Polizei ist eifrig bemüht, der Räuber habhaft zu werden.

* **Belgische Kapitulation vor deutschen Feuerwehr.** Aus Düsseldorf berichtet die „Kasseler Ztg.": Hier hat sich eine Geschichte zugetragen, die sich wie ein ergötzlicher Scherz ausnimmt, gleichwohl aber hochständlich wahre ist. Als die Feuerwehr in Neuß eines dort ausgebrochenen Grossfeuers nicht Herr zu werden vermochte, telegraphierte nach Düsseldorf, von wo man sofort mit einem Motorlöschzug anrücken ließ. Als er die Rheinbrücke zwischen Düsseldorf und Neuß passierte, begab sich folgendes: Die belgische Brückenbesatzung warf die Gewehre weg und fand, einschließlich des befehlshabenden Offiziers, mit „Hände hoch" bis fünfzehnmal fassungslos da — und ganz Düsseldorf lacht. Noch in dem Bewußtsein, daß selbst die feindlichen, auf deutschem Boden inmitten eines entrüsteten Volkes nemachten Volkes stehenden Armeen immer noch von der ersten Angst vor deutscher Wehrhaftigkeit erfüllt sind und daß nur die deutsche Feuerwehr auszurücken braucht, um die Feinde des Hasenpanier ergreifen zu lassen. Gegen die deutschen Zeitungen im besetzten Gebiet, die diesen Vorgang berichteten, wurden natürlich kraftvolle Maßnahmen angewandt. Der Kommandant von Neuß aber erhielt seine Mühlenschwerter, der Brückenoffizier wurde degradiert und 26 Mann schwer bestraft.

* **Die eigene Tochter ermordet.** Die Bergmannseheleute Buckard in Essen ermordeten ihre 14jährige Tochter, steckten die zerstückelte Leiche in einen Sack und warfen sie nachts in den Rhein-Herneakanal bei Altenessen. Das gesündige Mörderpaar wurde verhaftet.

* **Angeschossene Banknoten.** Bei einer Bank in Wilster wollte eine Landmannsfrau ein von Räubern erbeutetes Paket umtauschen, das 16 — sechzehn — Pfund weg und nur Gefälschte enthielt. Die arme Frau wünschte neue Scheine.

Verantwortlich
für den politischen Teil Franz Rödner; für Handel, Lokales usw. Philipp Schmitt; für Anzeigen- und Reklameteil Franz Gamm, sämtlich in Merseburg.
Berliner Vertretung: Walter Allmann, Berlin-Wilmersdorf, Laubacher Straße 35.
Druck und Verlag der Firma Th. Stössner in Merseburg

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201111-10/fragment/page=0003

Sumurun!

ist das schönste u. prächtigste

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Aus auswärtigen Blättern.

Vermählt.

Gottfried Albert, Rhendt, mit Victoria geb. Burghardt, Halle.

Geboren.

Balduin Friedel, Halle, 1 T.

Gestorben.

Halle: Franz Pfau; Frau Minna Pfeiffer geb. Rödel (61 J.); Hedwig Henrich; Frau Wilhelm. Lorenz geb. Kalke, Burg bei Reidburg, (71 J.); Rentner Friedrich Schuster (73 J.); Fr. Johanne Schumann geb. Müller (69 J.); Frau Karoline Bosnugel geb. Laerm (84 J.)

Mücheln: Frau Anna Dobisch, Neumark, (70 J.)

Lützen: Witwe Emma Mai geb. Erler Rücken.

Weißenfels: Bürgermeister a. D. Louis Lodie Schlösien; Bahnwärter a. D. Heinrich Bannach, Burgwerben (80 J.); Frau Pauline Petzold, Reichardtswerben.

GERTRUD PFLÜGNER
AUGUST ACKERMANN
VERLOBTE

Gross-Kayna, Im November 1920. Merseburg,

Statt Karten!

Else Schmidt
Kurt Freygang
Verlobte

Köttichau Im November 1920. Merseburg

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß starb nach kurzem schweren in Geduld ertragenen Leiden mein herzensguter lieber Mann, unser lieber unvergeßlicher Vater, Schwieger- und Großvater, der Landwirt

Franz Böhme

im 58. Lebensjahre.

Knapendorf, den 10. November 1920.

In tiefer Trauer:
Die Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonnabend nachm. 3 Uhr statt.

Männer-Turnverein.

Eines unserer eifrigsten Mitglieder ist nicht mehr. Unser Turnbruder

Wilhelm Röder

ist seinen schweren Leiden erlegen.

Mit ihm geht ein Mann dahin, der unentwegt den alten Idealen des deutschen Turnens jahrzehntelang geeilt hat und zu allen Zeiten — besonders während des Krieges — mit vorbildlicher Treue und jugendlichem Feuer für sie eingetreten ist. Wir verlieren in ihm den bewährten langjährigen Führer unserer Turnerinnen. Durch sein freundliches, schlichtes und turnbrüderliches Wesen hat er sich ein unvergeßliches Gedenken erworben. Unser Dank folgt ihm über das Grab hinaus.

Merseburg, den 9. November 1920.

Der Turnrat. **Die Vorturnerschaft.**

Zur Beerdigung sammeln sich die Mitglieder Freitag, 2½ Uhr nachm., an der städt. Friedhofskapelle.

Allen lieben Menschen, die unserer teuren Heimgegangenen Liebe erzeigten und uns die Stunden quälender Sorge und die ersten Tage bitteren Schmerzes tragen helfen, danken wir herzlich.

Merseburg, den 10. November 1920.

Im Namen aller Hinterbliebenen:
G. Röth.

Die Hilfe

Zeitschrift f. Politik, Literatur u. Kunst

Begründer: D. Friedrich Naumann.

Schriftleiter Wilhelm Heile u. Dr. Gertrud Bäumer. Fast 25 Jahre von Naumann geleitet, in seinem Geiste von seinen alten Mitarbeitern fortgeführt. Das nationale und soziale Blatt der Demokratie!

Probehefte kostenfrei. Vierteljahrespreis 10 M.

Verlag der „Hilfe", Berlin NW. 40.

Funkenburg. Die Sensation Merseburg.

von

Heute Donnerstag, den 11. November 1920:

Großkampftag! 3 Sensationskämpfe!

Freier amerikanischer Ringkampf (catch a catch can).

Alle Griffe erlaubt! Alle Griffe erlaubt!

Ali Oglio, Turkestan, gegen **Gockisch**, Deutsch-Amerika. **Boxkampf** (6 eval. Runden): **Bieße**, Berlin, geg. **Maschecki**, Kiel. Ferner ringen: **Attmann**, Europameister, geg. **Erickfen**, Dänemark.

Vorher: Das große Varitee-Programm.

Es ladet freundlichst ein **Albert Wilcke.**

Vereinigte V.T. Theater.

Kammer-Lichtspiele
Kleine Ritterstrasse
— Nr. 3. —

Telephon 529.

Modernes Theater
Grosse Ritterstrasse
— Nr. 1. —

Pracht-Programme von Freitag bis Montag

Kammer-Lichtspiele

Das grösste und gewaltigste Filmwerk der Gegenwart!

Sumurun!

Ein orientalisches Werk in 6 Akten; für den Film bearbeitet von Hans Kräly und Ernst Lubitsch.

Hauptdarsteller:
Pola Negri, Jenni Hasselquist, Egede Nissen, Paul Wegner, Harry Liedtke u. Ernst Lubitsch.

Original-Musik von Viktor Holländer.

Professor Rehbein radelt!

Hochoriginelles Lustspiel in 1 Akt mit Leo Peukert.

Modernes Theater

Mirval!

Der Löwenpeiniger.

Sensations-Drama eines Diamantenminen-Pächters im fernen Osten.

1. Akt: **Im Schlangenklub.**
2. Akt: **Das tragische Hochzeitsfest.**
3. Akt: **Die Löwen sind los.**
4. Akt: **Der Weg des Todes.**

Der Narr seines Herzens!

Prächtiges Lebensbild in 6 Akten mit dem Filmstern **Lona Schmidt.**

Anfang 5 Uhr. Sonntag 3 Uhr. Anfang 5 Uhr.

Möbl. Zimmer

sind sofort preismert zu vermieten.

Kurhaus Dürrenberg.

---

2 anständ., junge Herren suchen **möbliertes Zimmer.**

Eigene Betten ohne Bettstellen werden gestellt. Angebote unter 2643 an die Exped. d. Bl.

Junges, anständ. Mädchen bei Behörde sucht per sofort

möbliertes Zimmer.

Ang. unt. 2644 a. d. Exp. d. Bl.

Staatl. Zwangseinquartierung. Pens. kinderl. Ehepaar sucht **Wohnung von 2—3 Zimmern** u. Küche. Auch Wohnungstausch. Ang. unt. 2646 a. d. Exp. d. Bl.

Wohnungstausch.

Tausche meine Wohnung in Spergau, bestehend aus 2 Stuben, Kammer, Küche und sonstigen Zubehör (evtl. mit Stall u. Feld), mit einer gleichen oder ähnlichen in Merseburg. Zu erfragen **Kleistrasse 8, 3 Tr. l.**

Wohnung.

St., K. u. K. gegen größere zu tauschen ges. **Gotthardstr. 44, III.**

Restauration,

in Merseburg gelegen, zu kaufen oder zu pachten gesucht. Ang. unt. 6 W 2661 a. d. Exp. d. Bl.

Bäckerei

zu kaufen oder pachten gesucht. Ang. unter 2645 a. d. Exp. d. Bl.

Einfamilien-Wohnhaus

in Merseburg oder Umgegend bei ca. 12 Mille Anzahlung zu kaufen gesucht, möglichst bald beziehbar. Ang. u. 2642 a. d. Exp. d. Bl.

Gebrauchter Kochherd

zu kaufen gesucht. Ang. unter postlagernd **A. 100 Frankleben.**

Haus-Verkauf.

Das den Nagelschen Erben in Kriegsdorf Nr. 11 gelegene Wohnhaus nebst Scheune, Stallung, Hofraum und Garten soll **Sonnabend, d. 13. November nachmittags 4 Uhr im Gasth.** öff. meistbiet. verkauft werden.

Ferner soll im voraus um **2 Uhr** verschiedene Möbelstücke, Kleiderschrank, Küchenschrank mit Aufsatz, Tische, Stühle, Handwerkzeug und verschiedenes mehr verkauft werden.

Kriegsdorf, d. 4. Novbr. 20.
Die Erben.

Blaues Jackett

(Marinestoff), f. mittl. Figur pass.,

Winter-Paletot,

Friedensstoff, fast neu, mit seid. Steppfutter, für kräftige Figur passend, billig zu verkaufen **Kleine Ritterstr. 13, pt.**

Braunes Winterkostüm, fast neu, mittlere Figur, zu verkaufen. 380 M. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Schnürstiefel,

Gr. 39, bequem. Frauenschuh, neu, ga. Leder, z. verk. **Neumarkt 14.**

---

1 Paar Langstiefel

(Größe 27½) zu verkaufen **Johannisstraße 7, Hof.**

Geige

verkauft **Kotzh, Kl. Ritterstr. 14, 1 Tr.**

Ein guterhaltenes eisernes

Gitterkinderbett mit Matratze

zu verk. **Gr. Ritterstr. 31, 1 Tr.**

Achtung! Achtung!

1 Küche (Steilg.), 1 Sofa, 1 Tisch u. 3 Stühle sowie **Porzellan billig zu verkaufen. Richter, Leunaer Str. 26, 1 Tr.**

Herrsch. Salon-Einrichtung

Rokoko, mit Vitrine, Eckschrank, Spiegel, Polstersachen mit Gobelinbezug, alles in bester Arbeit, zu verkaufen; desgl. **2 Bettstellen mit Matratzen.** Näheres bei **H. Jänicke,** Dekorateur, **Preußerstraße 18.**

Verkaufe:

zwei Stück Fenster

(1,10×0,85 cm)

ein eisernes Dachfenster,

guterhalten. **Kleine Sixtstr. 7.**

Sehr wenig **Kanonenofen**

billig zu verkaufen **Schafstädt,** Dessitzstraße 268.

Einige alte und neue

Puppenz. verkaufen.

Auch Puppen zum Ankleiden werden angenommen. **Weißenfelser Str. 7, 1 Tr.**

Guterhalt. Fahrrad

preismert zu verkaufen **Neumarkt 19, Hinterh., 2 Tr.**

Drei junge, weiße

Wyandotte-Hähne

zu verkaufen **Friedrichstr. 10.**

---

5 Monate altes

Mutterkalb

zu verkaufen. **Runstedt 4.**

Kuh mit Kalb

steht zu verkaufen **Spergau Schulplatz 5.**

Eine neumilchende Kuh

steht zum Verkauf **Wegwitz 13.**

---

3 junge Zuchtochsen

verkauft **Trautmann, Bemburg.**

Zement

in jeder Menge sofort zu haben **Bielig, Blumenthalstraße 7.**

Frauen

gebrauchen bei Ausbleiben der

monatlichen Regel

meine unübertroffenen schnell wirkenden Spezialmittel. Ich übertreibe nicht, sondern helfe täglich zahlreichen Frauen auch in den schwierigsten Fällen. Schreiben Sie mir, wie lange Sie klagen, dann helfe ich Ihnen auch. Nur dann können Sie Ihres Lebens wieder froh sein.

Erfolge auch in den aussichtslosesten Fällen durch viele Dankschreiben nachgewiesen trotzdem unschädl., ohne Berufsstörung, mit Garantieschein

sonst 3faches Geld zurück

Versand streng reell u. diskret.

Frl. H. aus H. schreibt: Ich gebrauchte Ihre Mittel, dieselben waren schmerzlos, wirkten schon in 1 Tage, wofür ich Ihnen ewig dankbar sein werde.

P. Nagel, Hamburg 220,
Margarethenstraße 76 III

Kopfwäsche

Frisieren

Ondulieren

empfiehlt sich

Elfriede John, Wagnerstraße 11

Kleine Anzeigen

finden nachweisbar die beste Verbreitung im „Merseburger Korrespondent".

Nähmaschinen

werden schnell u. gut repariert bei **E. Albrecht,** Hallesche Str. 19.

Große Wandfahrpläne

sowie

Taschenfahrpläne

für die Überlandbahnen

mit den letzten Änderungen vorrätig

Buchdruckerei Th. Näßner
Merseburg.

Dumme Frauen

werden durch Regelstörungen oft kopflos und unruhig.

Kluge Frauen

dagegen behalten ihre Ruhe und gebrauchen meine Spezial-Mittel. Erfolg in 3 Tagen, ohne Berufsstörung. Garantiert unschädlich, diskreter Versand

W. Heuer, Hamburg 202,
Schäferstr. 18.

Sumurun!

ist das gewaltigste Werk der Gegenwart

---

6. Kunstausstellung

im „Herzog Christian".

Original-Radierungen

von **Franck, Halm, Klinger, Kollwitz, Leistikow, Liebermann, Menzel, Orlik u. a.**

Geöffnet: Freitag und Sonnabend, den 12. u. 13. Novbr., von 3—6, und Sonntag, den 14. Novbr., von 11—1 u. 3—6 Uhr.

Eintritt frei! Eintritt frei!

Verein zur Hebung der Geflügelzucht für Merseburg u. Umgegend.

Mitglieder-Versammlung am Freitag, d. 12. November, 7 Uhr abends, im „Casino".

T. O.: 1. Letzte Aussprache über d. Ausstellung. 2. Bekanntgabe von Ausstellungsterminen. 3. **Delegierung zur Verbandsversammlung in Magdeburg** ev. Antrag, die Verbandsausstellung in Weißenfels abzuhalten. 4. Verteilung der Ämter für die Ausstellung. 5. Bewilligung von Preisen für auswärtige Vereine.

Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist erforderlich.

Der Vorstand.

Männer-Turnverein.

Sonntag d. 14. Nov. 20., v. 7 Uhr abds. im Bereitschaft **Vereins-Abend mit Damen.**

Liederbücher mitbringen. Sonnabend, den 13. Novbr., wollen alle Sänger pünktlich erscheinen.

Vorsichtige Frauen

bei denen die **Monats-Regel** ausbleibt, überlegen genau, was sie zu tun haben und werfen nicht ihr Geld für die fast täglich prahlerisch angepriesenen meistwirkungslosen Mittel fort. Nur ich allein als langjährig. Fachmann kann Ihnen noch helf.

Meine Original-Mittel

bringen vielfach schon sofort

überraschend. Erfolg. Ein einzig. Versuch macht auch Sie für Ihr ganzes Leben wieder froh und glücklich und werden auch Sie wie **Hunderte and. Frauen** sich voller Dankbarkeit für ganz Leben meiner erinnern. Ich habe Ihnen nicht zuviel gesagt, was viele Frauen schrieb. aus Dankbarkeit bestätigt hab., trotzdem **Vol. Garantie** unschädlich. Ausführl. Zeugnisse gratis. Versand diskr. per Nachn.

E. Weinert,
Hamburg 866. Catharinenstr. 2

Ausschneiden! Aufbewahren!

Uhren aller Art

werden schnell u. preismert repariert

Otto Hampe, Uhrmacher **Frankleben.**

Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen u. Warzen beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos

Kukirol

100000 fach bewährt
Preis M 3,00

Drogerie Atzel.

---

1 grauer, deutscher Schäferhund auf den Namen Wolf hörend, abhanden gekommen. Wiederbringer erhält hohe Belohnung. **Emil Lindner,** Gasth. Köschchen. Vor Ankauf wird gewarnt.

Morgen Freitag

Schlachtefest.

Richard Tepper, Neumarkt 45.

Schlosser-Lehrlinge

für Ostern 1921 gesucht.

AMBI-Werk,
Merseburg.

Mehrere perfekte

Plätterinnen

werden noch angenommen.

Großdampfwäscherei und Reinigungs-Anstalt Weißenfelser Straße 2.

Eine Frau

zum Flaschenspülen, auch halbe Tage, sucht

Adolph Frank, Burgstraße 3.

Frau oder Mädchen

für Landwirtschaft sucht sofort **Wenigerr,** Obere Breite Str. 5.

Verkäuferin

Wir suchen für unser Geschäft, Markt 15, eine weitere Verkäuferin, die hier für besondere Befähigung besitzt.

Beamt.-Wirtsch.-Verein.

Ein anstand., sauberes, ehrliches

Mädchen

wird gesucht **Teichstr. 51.**

Zuverlässiges Hausmädchen

mit guten Zeugnissen gesucht. **Altnaboitz,** Bez. d. Klausien'or 5.

Saubere Aufwartung

für den ganzen Tag gesucht. Wo? sagt die Exp. d. Bl.

Suche zu sofort oder später

Aufwartung

täglich einige Stunden. **Sedanstr. 3, 1 Tr.**

Warne

hiermit jedermann meiner Frau Else Strüber, geb. Wentzer, etwas zu borgen da ich keine Zahlung leiste. **Rudolf Strüber.**

Schluß

der

Anzeigen-Annahme

um

10 Uhr vormittags

für größere Anzeigen abends zuvor.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201111-10/fragment/page=0004

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 256. Donnerstag den 11. November 1920. 47. Jahrg.

Siedlungsfeinde links und rechts.

Von Landwirt F. Schierwagen-Schönewerda.

Dem führenden Manne der Mehrheitssozialdemokraten in den Agrarfragen, dem Abg. Schmidt, Vorsitzender des Landarbeiterverbandes, scheint es immer noch nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein, daß die Landwirtschaft mehr als je das Rückgrat des deutschen Volkes geworden ist. Was früher eine private Angelegenheit eines jeden Landwirts war, „äußerste Ausnutzung des Bodens“, ist jetzt Gemeingut des deutschen Volkes geworden, denn die Ernährung des deutschen Volkes hängt heute von seinem Landbau ab. Das deutsche Volk hat ein starkes Interesse daran, daß jedes Stückchen Land ausgenutzt, daß die landwirtschaftliche Produktion wieder zum mindesten auf den Friedensstand gebracht wird. Die Produktion der großen Güter kann aber aus Mangel an Arbeitskräften nicht auf den alten Stand gebracht werden, aber sollte es dem Abg. Schmidt unbekannt sein, daß große Flächen brach liegen, daß die Ernte nur unvollkommen geborgen und die Bestellung sehr mangelhaft durchgeführt werden konnte. Die „Vorwärts“ bringt in Nr. 463 folgendes: Hofstedt 220 Morgen Land unbearbeitet, Döberitzselbe 100 Morgen Land unbearbeitet. Wenn man sich diese Tatsachen vor Augen hält, folgt logisch der Schluß: daß dahin gearbeitet werden muß, diese extensive Wirtschaft zu beseitigen. Eine Wiedereinführung der Polenarbeiter auf den großen Gütern ist aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen nicht möglich, denn die Geschichte lehrt, daß ein Volk, was in größerem Umfange fremde Arbeitskräfte für sich in Anspruch nehmen muß, in seiner Zukunft gefährdet ist. Wir müssen dahin streben, daß der Gesundheitszustand unseres Volkes wieder gebessert wird. Das kann nur dadurch geschehen, daß wir einem bestimmten Prozentsatz unseres Volkes Gelegenheit geben, unter Lebensbedingungen zu leben, die den natürlichen Verhältnissen entsprechen, daß wir also ein Geschlecht freier und glücklicher Kleinsiedler und Kleinbauern schaffen, die das Beste aus dem deutschen Boden herausholen und in der freien Natur alles Kranke von sich abwerfen können. Wenn man daraufhin die Ausführungen des Abg. Schmidt betrachtet, welcher sagt: „Was die Ansiedelungspolitik anbelangt, so besteht bei der Landarbeiterschaft noch nicht das Verlangen, sich in einem eigenen Heim anzusiedeln“, dann müßte man ausrufen: „O ahnungsloser Engel, der du bist!“ Auf allen ländlichen vom Deutschen Bauernbunde veranstalteten Versammlungen, wo Siedlungsfragen behandelt und Anträge auf Landkauf bezw. Pachtung durchgesprochen wurden, stellte die Arbeiterschaft beider sozialdemokratischen Richtungen die meisten Anträge. Es ist bezeichnend, daß die Arbeiter grundsätzlich einen anderen Standpunkt einnehmen, wie teilweise ihre Führer. Ja, es hat fast den Anschein als ob sich die Führer von links und rechts verbunden hätten, um die Durchführung des Gesetzes zu verhindern, denn beide Seiten wollen die Aufteilung des Großgrundbesitzes hintenanhalten, allerdings aus verschiedenen Gründen. Die linke Seite will den bäuerlichen Besitzer aufsaugen und zum besitzlosen Arbeiter herabdrücken, während die rechte Seite es wirtschaftlich als höchst verfehlt betrachtet, wenn gerade jetzt zwangsweise mit der Siedlung in Gestalt der Anliegersiedlung vorgegangen wird. Der Abg. Schmidt hat den Theoretiker Kautsky gründlich studiert, steht aber den tatsächlichen ländlichen Produktionsverhältnissen und Wünschen der Landbevölkerung ahnungslos gegenüber. Ebenso bekämpfen die großagrarischen Organe „Deutsche Tageszeitung“ und „Schlesische Zeitung“ jegliche Siedlungsreform, sie scheuen sich nicht, mit ihren sonst schärfsten Gegnern Hand in Hand zu arbeiten. Hierzu kommen noch die bureaukratischen Ansichten der Kultursamtsvorsteher, die Antragsteller, welche die Landwirtschaft nicht als Hauptberuf betreiben, ausschalten wollen.

Hiergegen müssen sich alle Volkskreise energisch zur Wehr setzen, denn die körperliche und seelische Wiedergesundung unseres Volkes ist die wichtigste Aufgabe der Gegenwart. Wir müssen nur ernstlich wollen, die Millionen Industriearbeiter in den Städten, die Arbeitslosen dahin zu bringen, wo sie Arbeit und Brot finden können. Wir müssen wieder ein Land werden, daß sich selbst ernährt, das von jeder ausländischen Kapitalmacht unabhängig ist. Nur die Siedlung kann uns erheben aus dem Zusammenbruch. Deshalb, ans Werk!

Deutschland und die Entente.

Eine Guildhall-Rede Lloyd Georges.

Paris, 10. Nov. Auf dem Bankett in der Londoner Guildhall, mit welchem jedes Jahr die Einsetzung des neuen Londonmayors in London gefeiert wird, hielt Lloyd George eine Rede. Nachdem er erklärt hatte, daß der Wiederaufbau der Welt sich nur schrittweise und langsam vollziehen könnte und daß der Friede ein dringendes Bedürfnis der ganzen Welt sei, beschäftigte er sich mit einer Frage, die Unruhe hervorrief. Was Deutschland betreffe, so habe man sich zunächst mit der Abrüstung zu beschäftigen, welche eine Probe für den Ernst des Landes sei, den Versailler Vertrag durchzuführen. „Ich lege demnach der Entwaffnung Deutschlands enorme Bedeutung bei. Vor wenigen Stunden erhielt ich vom Kriegsminister in dieser Hinsicht einen Bericht, welcher sehr befriedigend ist. Die deutsche Marine ist in der Tat entwaffnet. Was die deutsche Armee betrifft, so ist sie bereits auf weniger als 150 000 Mann herabgesetzt. Sie sinkt auch weiter rasch auf die Ziffer von 100 000 Mann herab, welche festgesetzt wurde. Die großen deutschen Kanonen wurden so alle in dem von den Alliierten geforderten Zeitraum abgeliefert. Nur noch viel Gewehre befinden sich in den Häuden der deutschen Bevölkerung und bilden eine große Bedrohung für den Frieden in Deutschland und für alle seine Nachbarn.“ Lloyd George ist der Ansicht, daß die von Deutschland seit der Konferenz von Spa getroffenen Maßnahmen für die Abrüstung den vollkommenen Ernst der gegenwärtigen deutschen Regierung beweisen, welche entschlossen sei, nach besten Kräften die Bedingungen des Versailler Vertrages zu erfüllen.

Die zweite Frage von großer Bedeutung sei die der Entschädigung.

Deutschland war bereit, in Spa gewisse Vorschläge zu überreichen und seine Verpflichtungen zu erfüllen. Ich persönlich bin befriedigt über die Vorschläge und die Vorlagen, die bewiesen, daß Deutschlands Regierungsmänner die Probleme studieren wollen, um ein Mittel zu finden, ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Die Vorschläge werden in besonderen Konferenzen studiert werden. Die Alliierten haben die Mittelsie der besten Finanzsachverstände, ebenso Deutschlands. Wenn in anderen alliierten Ländern gleichfalls versucht wird, die zerstörten Gebiete herzustellen, aber nicht die politische Reputation, so zweifle ich nicht, daß sich auf diesem Wege ein Einvernehmen finden läßt.

Der Frieden mit Rußland muß uns erwünscht sein,

aber es gibt noch etwas Schlechteres als eine schlechte Regierung, das ist, wenn in einem Lande gar keine Regierung besteht. Die wahre Gefahr für Rußland ist der Bolschewismus, der nur einen Übergang bedeutet und keinen dauernden Bestand haben kann. Was hier folgen muß, das ist aber die Anarchie. Wenn Rußland in diesen Zustand verfällt, dann wird eine ganze Generation verübergehen, bis das Land wiederhergestellt werden kann. Trotzdem werden wir alle Anstrengungen machen, mit Rußland den Frieden abzuschließen. Ich freue mich über das Übereinkommen mit den Bergarbeitern. Eine große Zahl von Stimmen, die gegen die Beendigung des Streiks abgegeben wurde, mußte allerdings eine Beunruhigung hervorrufen, daß die Bergleute noch immer Argwohn gegenüber den Bergwerksbesitzern hegen. Dieser muß zerstreut werden. Für Irland erhoffe ich baldige Beruhigung. Die Maßnahmen, die wir ergriffen, bewirkten, daß wir die Mörder an der Kehle faßten.

Die Unterhaltung der englischen Besatzungsarmee.

Paris, 10. Nov. Winston Churchill, der Unterstaatssekretär im Kriegsamt, erklärte gestern in der Sitzung des Unterhauses, daß die Unterhaltung der englischen Besatzungsarmee am Rhein ungefähr 3 500 000 Pfund Sterling pro Monat koste. Die Gesamtkosten seit Beginn der Besetzung bis 30. September betragen 51 Millionen Pfund Sterling. Die von Deutschland empfangene Summe belaufe sich auf 346 Millionen Mark und werde für die laufenden Bedürfnisse der englischen Besatzungstruppen verwendet.

Dr. Sahm Danzigs Vertreter beim Völkerbundsrat.

Die Danziger Delegation hat Oberbürgermeister Sahm zum Delegierten für die bevorstehende Versammlung des Völkerbundsrates für die Danziger Frage ernannt. Der Oberbürgermeister wird sich mit einigen Herren der Delegation nach Genf begeben, während die übrigen Delegationsmitglieder zur Erledigung noch schwebender Fragen in Paris bleiben werden.

Ein neuer polnischer Anschlag auf Oberschlesien?

Breslau, 11. Nov. Die neue oberschlesische Streikbewegung, deren Endziel die Entsetzung des Generalstreiks bildet, ist ausschließlich politischer Natur. Die vorgebrachten wirtschaftlichen Forderungen sind nur Mittel zum Zweck, was deutlich daraus hervorgeht, daß Vermittelungsvorschläge von den Betriebsräten abgelehnt werden. Immer mehr treten die Kommunisten als Drahtzieher der neuen Bewegung hervor. Hinter ihnen stehen die großpolnischen Propagandisten, die die kommunistische Bewegung sehr stark überall und finanziell unterstützen. In deutschen Kreisen befürchtet man, daß die Streikbewegung der Vorläufer eines neuen polnischen Anschlages auf Oberschlesien ist.

Deutschland.

Keine Möglichkeit zur Erfassung der Wuchergewinne?

Die Abwicklung „der Kriegsgeschäfte“, sowie die Auflösung des alten Heeres und der Marine wird nach einer dem Reichstage vom Reichsfinanzminister überreichten Denkschrift mit dem 31. März 1921 abgeschlossen sein. Das Wiederersetzen wucherischer Gewinne, die während des Krieges zum Teil in ungeheurem Ausmaße zum Schaden des Reiches von Unternehmern gemacht worden sind, mußte aber, wie eine Berliner Nachrichtenstelle schreibt, im Hinblick auf das wichtigere Ziel, die Abwicklung selbst beschleunigt zu erledigen, zunächst zurückgestellt werden. Bei den unzureichenden gesetzlichen Grundlagen und den zu erwartenden Widerständen weiter und einflußreicher Kreise sei mit der Möglichkeit zu rechnen, daß auf diese Aufgabe der Abwicklung überhaupt verzichtet werden müsse.

Aus dem November 1918.

Berlin, 11. Nov. Im Anschluß an die Äußerung des Grafen Westarp in einer der letzten Reichstagssitzungen, in der er den Vorwurf weit von sich wies, daß die konservativen Führer nach dem 9. November sich seiner bestrochen hätten, wird dem „Vorwärts“ von besonderer Seite offenbar von Herrn Scheidemann) das Folgende mitgeteilt: „Wenige Tage nach dem 9. November sei Graf Westarp bei einem der sozialdemokratischen Volksbeauftragten gewesen und habe ihn gebeten, ob dieser imstande sei, das Leben des Grafen zu sichern, falls er in Berlin bleibe. Als die Frage verneint wurde, bat hier nimmehr seines Lebens sicher sei, erklärte Graf Westarp, er wolle nach der Provinz abreisen, und erbat von dem Volksbeauftragten einen Geleitbrief, der ihm auch ausgestellt wurde.“

Die Rechte auf dem Beamtenfang.

Bei der Beratung der preußischen Verfassung suchte die Rechte wieder einmal ihre Beamtenfreundlichkeit in heller Beleuchtung strahlen zu lassen. Die Deutschnationalen stellten Anträge, daß die Bestimmungen über die Grundrechte der Beamten aus der Reichsverfassung in die preußische Landesverfassung übernommen werden sollten. Der demokratische Abg. Bartels-Hannover wies in einer groß angelegten Rede zutreffend darauf hin, daß nach dem Grundsatz, Reichsrecht bricht Landesrecht, die Bestimmungen der Reichsverfassung für alle Angehörigen des Reiches, also auch für die Beamten der Länder und Gemeinden gelten. Die Mehrheitsparteien lehnten daher auch ab, gänzlich Überflüssiges in die Verfassung hineinzuschreiben. Die Deutsche Volkspartei forderte die „unkündbare Anstellung auf Lebenszeit“. Gibt es eine kündbare Anstellung auf Lebenszeit? Auch der Antrag, das Recht der Beamten auf Urlaub in die Verfassung aufzunehmen, war ein Mißgriff. Derartiges gehört in das Reichsbeamtengesetz, nicht in die Verfassung. Die plötzliche Beamtenfreundlichkeit der Rechten wirkt um so auffälliger, als diese Partei, als sie noch über die ausschlaggebende Macht im preußischen Landtag verfügte, den Wünschen aber Beamten gegenüber sehr kurzsichtig war. Die Führer der Rechten, Herr von Lisch und Herr von Webel-Piesdorf, haben sich des öfteren im preußischen Landtag gegen eine „übermäßige“ Besoldung der Beamten ausgesprochen, und der deutschnationale Parteiführer Hergt hat als Minister im Februar 1918 gegen die Vereinigung der Schutzmannschaft Stellung genommen. Diese Dinge und manche andere sind allzu bekannt, als daß es den Rechten gelingen könnte, durch ihre Anträge zum Fenster hinaus auf die Beamten Einfluß zu gewinnen. Da merkt man die Absicht und wird verstimmt.

Deutschnationale Nutznießer der Zwangswirtschaft.

Der als Landbund umgetaufte Bund der Landwirte hat in vielen Kommunalverbänden Wirtschaftsverbände gegründet, die er in die Zwangswirtschaft der Lebens-, Futter- und Düngemittel einzuschalten bemüht ist, um dadurch Mittel für seine parteipolitischen Zwecke zu gewinnen. In welcher Weise dieses Verfahren, das durch das Reichsgesetz über die Regelung des Getreidestelle Förderung erfährt, geübt wird, geht aus einer Reichstagsanfrage des demokratischen Abg. Gothein hervor. Im Kreise Prenzlau ist der Wirtschaftsverband des rein politischen Landbundes als Getreidekommissionär für den Kommunalverband zugelassen worden. Er ist an die Kommissionäre, Getreidehändler wie Genossenschaften mit dem Vorsitzer hemmgetreten, einen Teil ihrer Kommissionsgebühren an den Landbund abzuführen, der dafür auf die Ausübung seiner Kommissionärtätigkeit, die er nach dem Gesetz gar nicht hätte ausüben können, verzichten wolle. Der Landbund forderte zunächst den Betrag von 8 M für die Tonne, ermäßigte aber seine Forderung auf 6 M und drohte für den Fall der Weigerung, daß sämtliche Landbundmitglieder dann nur durch den Landbund liefern würden und das Geschäft der bisherigen Kommissionäre dann gleich Null wäre. Die Kommissionäre haben unter diesem erpresserischen Druck nachgegeben. Da im vorigen Wirtschaftsjahr im Kommunalverband Prenzlau rund 45 000 Tonnen Getreide erfaßt wurden, so würde bei einer Erfassung von vielleicht 40 000 Tonnen in diesem Jahre der Landbund durch seine Zulassung als Kommissionär allein im Kreise Prenzlau 240 000 M einstreichen, ohne für die Erfassung des Getreides auch nur die geringste Arbeit zu leisten. Die Reichsgetreidestelle hat zwar diese wucherische Abmachung nicht anerkannt, aber den Landbund als politische Organisation nicht grundsätzlich ausgeschlossen, vielmehr den Landrat des Kreises beauftragt, neue Verhandlungen zu führen. Nach der Reichsgetreideordnung können als Kommissionäre nur solche Personen oder Genossenschaften zugelassen werden, die bereits im Jahre 1914 im Getreidegeschäft tätig

---

Blinder Haß.

Roman von Alfred Sassen.

19. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Nein, nein“, schrie das junge Mädchen zurückweichend auf und erhob sich taumelnd.

„Zu dir zurückgekehrt. Was willst du hier?“ fuhr die Blinde in dem gleichen, ehern harten Ton fort.

„Mit dir trauern, Tante.“

„Ja, ja, ha!“

Grell schollte das schneidende Lachen durch den stillen Raum. Mit einer erschütternden Gebärde, als wolle sie Verzeihung erbitten für diesen Ausbruch, tastete die Blinde nach dem offenen Sarg, nach den Händen des Leiten. Dann sprach sie in gedämpftserem Ton: „Geh wieder. Ich bedarf deiner nicht.“

„Schicke mich nicht fort, Tante — ich schicke mich fort!“

„Dein eigenes Gefühl sollte dich von dieser Stätte scheuchen. Entweihung bedeutet deine Gegenwart für sie.“

„Um aller Barmherzigkeit willen, Tante“, flehte Nena, „kein solches Wort mehr — du weißt mich, wie es mir die Seele zerreißt!“

„Und die meine —?!“ tobte es jetzt unheimlich in der Stimme der Blinden auf. „Glaubst du, sie sei nicht zerrissen? Das Letzte, was mir noch angetan werden konnte, ist mir durch den Tod meines Sohnes geschehen! Nun bin ich ganz herunbt — gerichtagen, nackt und bloß stehe ich da, kein Stecken und Stab leitet mich mehr in meiner Finsternis! Und wer tat mir auch das Letzte, Bitterste an? Meine Feinde, die du kennst, und mit denen du dich verbündet hast! Um dieses Bündnisses willen aber ist jede Brücke abgebrochen zwischen dir und mir! Und wenn du auch die Tochter meiner Schwester bist, wenn ich dich auch geliebt habe wie mein eigenes Kind — ich kenn dich nicht mehr! Noch einmal rufe ich dir zu: Verlasse diesen Raum, in dem ich meine Totenfeier halte! Du entweihst ihn! Geh, geh, geh!“

Zu ihrer vollen majestätischen Größe aufgerecht, stand die Unglückliche da, mit den machtvoll drohenden Gebärden einer zürnenden blinden Prophetin.

Die Schauer, die von ihr ausströmten, drängten wirklich, wie mit unwiderstehlicher Gewalt, die arme Nena zur Türe hin. Da aber klammerte sie sich mit beiden Händen fest und rief: „Tante, Tante, ich begreife ja, daß dir in deiner schrecklichen Nacht meine Handlungsweise schwarz und undankbar erscheinen muß, daß du mir die Schuld an dem jähen Tode Oskars zuweisest —“

Das junge Mädchen raffte sich zu einer verzweifelten Energie zusammen.

Nicht laut, aber voll unerschütterlicher Bestimmtheit erklang ihre Stimme: „Und ich gehe nicht! Schmähe mich, soviel du willst! Schlage mich — ich will es tragen und dulden! Aber ich bleibe. Es ist meine Pflicht, zu bleiben, über dir zu wachen, deine Schritte zu behüten! Tante, stoße mich nicht von dir! Es wäre nutzlos. Du würdest mich doch immer wieder in Deinem Weg finden! Die Hoffnung soll mich aufrecht erhalten, daß sich dein Zorn und Haß endlich mildern werden —“

„Nie — nie!“

„Ich glaube nicht an die Ewigkeit des Hasses — ich glaube nur an die Ewigkeit der Liebe!“

„Der Liebe“, wiederholte die Blinde hohnvoll, „ja freilich, daran mußt du glauben —“

„Still, still, Tante“, fiel Nena beschwörend ein. „Nichts davon! Bleibe groß in deinem Zorn und Haß, wenn du schon zürnen und hassen mußt! Aber sprich kein kleines, deiner unwürdiges Wort aus — kein Wort, das du später selbst als einen Stachel in deiner armen, wunden Seele empfinden würdest! Ich sehe, es ist jetzt nicht möglich, auch nur die geringste Verständigung zwischen uns anzubahnen — so muß ich warten. Still will ich mich in einen Winkel stellen, Tante, und meiner Stunde harren. Ich meine, sie muß zu kommen, denn —“

Sie hielt inne — wie auf einmal des Atems beraubt.

Was ging in der Blinden vor? Etwas Lauerndes war in ihren Zügen, in ihrer ganzen Haltung, etwas Unheimlichliches — —, es schattete zu dem jungen Mädchen hin gleich riesengroßen, schwarzen Flügeln, die sich, ihr Licht und Luft raubend, auf sie niedersenken wollten.

An ihrem stockenden Herzschlag glaubte sie zu fühlen, daß die Tante erst jetzt wahrhaft über sie zu Gericht sitzen und sie in diesem Gericht vernichten würde.

Ja, jetzt mußte gleich die Maske von dem starren Gesicht fallen — das Ungeheuerliche darunter hervorbrechen — —

„Gut denn“, sagte die Blinde auf einmal in einem leisen, aber messerscharfen Ton, „ich will dir gestatten, daß du in meinem Hause bleibst — aber nur unter einer Bedingung —“

„Nenne — diese — Bedingung —“

Widerstrebend fast, nur durch die Gewalt des Willens hervorgestoßen, kamen diese Worte über die Lippen des jungen Mädchens.

Mit einer gewissen Hast, als vermöge sie eine brennende Erwartung in sich kaum zu zügeln, sprach die Blinde weiter: „Durch Oskars frühen Tod bist du frei geworden. Versprich mir, diese Freiheit nicht auszunützen — in einem Sinne nicht. Schwöre mir zu, daß du niemals dem Sohne Walter Hüttichs angehören wirst — nie und nimmermehr — auch nach meinem Tode nicht!“

Nur wie mit halbem Ohr hörte Nena die haßgesättigte Forderung der Tante.

Dann brach es aus den Worten jäh über sie herein wie eine große, strahlende Helle. Ganz erfüllt von der entsetzensvollen Trauer über den plötzlichen Todesfall, in ihrem vollen Empfinden hingenommen von unsäglichem Erbarmen mit der so heillosellos betroffenen Blinden, war es ihr noch gar nicht zum Bewußtsein gekommen, das Große, Köstliche, daß sie frei sei!

Ja, groß und köstlich mußte sie es in ihrer schwachen Menschlichkeit gerade jetzt empfinden, da sie sich an den Rand der Verzweiflung getrieben sah.

Frei — frei!

Blitzschnell erhoben sich in ihrer Seele die schmerzlich seligen Stunden, die sie in Davos am Krankenbett des Geliebten verlebt! Wie hatte er zu ihr gesprochen? „Wie sehen uns wieder — ich weiß, ich fühle es!“

Ja, ja — nun standen einem Wiedersehen keine unüberwindlichen Schranken mehr entgegen, der Weg, auf dem sich die Hindernisse hergehoch gehäuft, er war fahrbar geworden — die Nacht hatte sich in den Tag verwandelt, in den strahlenden, berauschenden Tag!

Frei — frei! . . .

„Antworte mir —“ heischte da die Blinde voll verzehrender Ungeduld.

Nena erschrak empor. Die aufgestiegenen Himmelsbilder wichen zurück — weit, weit zurück!

Welche unerbittliche Forderung hatte die Tante an sie gestellt?

Nun erst fanden die grausamen Worte den rechten Weg zu ihrem Bewußtsein. Das! — das wurde von ihr verlangt! Und mit einem Schwur sollte sie die Zusage erhärten.

Furchtbar — furchtbar!

Wohin sich wenden?

Eisenstarke Ketten hielten sie in diesem Hause fest, freiwillig hatte sie sich ihm und der Blinden ja eben noch mit allen Kräften geweiht — aber sie hatte da mit ihren schmerzverdunkelten Augen die Sonne noch nicht gesehen, die ihr in schönem Lebensglanz emporgestiegen war!

Und jetzt galt es zu wählen!

Und wenn sie gewählt hatte, gab es kein Zurück mehr — keins!

Noch einmal mahnte die Stimme der Blinden, dumpf und rauh in der ungeduldigen Erwartung: „Antworte! Antworte!“

„Tante“, stammelte Nena endlich, von ihren widerstreitenden Gefühlen hin- und hergeworfen, „gib mir eine Frist —“

„Keine Frist! Augenblicklich trifft deine Entscheidung!“

„Wie kann ich —“

„Du mußt!“

„Um Barmherzigkeit, Tante! Gönne mir Zeit — mir und auch dir! Vielleicht —“

„Ha, ha, ha! Für mich gibt es kein „Vielleicht!“ Es soll auch für dich nicht da sein. Klar und deutlich habe ich meine Bedingungen ausgesprochen — nun sage Ja oder Nein! Bleibe bei deiner Tante — als Trost, als Stab und Stütze ihres Alters — oder verrate sie, gehe zu ihren Feinden über!“

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201111-10/fragment/page=0005

waren. Der Landbund als politische Organisation, die erst viel später entstanden ist, muß nach dem Gesetz unter allen Umständen als Kommissionär ausgeschieden werden. Der Abg. Gothein weist weiter in seiner Anfrage darauf hin, daß in einer Reihe von Fällen die Landbundorganisationen bei ihnen unbequemen Anordnungen der Behörden den Briefstreik ihrer Mitglieder erklären. Man darf in der Tat gespannt darauf sein, was Herr Hermes hier antworten wird.

Provinz und Nachbarländer.

b. **Halle**, 11. Nov. In der Stadtverordnetensitzung am Montag nahm vor Eintritt in die Tagesordnung Oberbürgermeister Rive das Wort zu einer Rechtfertigung des Magistrats, gegenüber einer in der Öffentlichkeit erhobenen schweren Anschuldigung, er habe den Tod von sechs Säuglingen, die sich in städtischer Pflege befanden, verschuldet. Er wies an Hand der Akten nach, daß es wohl richtig sei, daß sechs Kinder, nachdem sie aus dem Cröllwitzer Säuglingsheim durch das Drängen des Professors Abderhalden in eine andere Pflegeanstalt gebracht wurden, bald darauf gestorben seien. Der Tod dieser Kinder sei aber nicht auf die Veränderung zurückzuführen, sondern auch dieser Kinder waren bereits schon lange krank, während die anderen hier einer Epidemie, die damals in Halle herrschte, zum Opfer fielen, eine Erscheinung, die auch in anderen Kinderanstalten wahrgenommen wurde. Dem Magistrat könne also eine Schuld nicht beigemessen werden, er konnte aber auch dem Antrag des Leiters des Cröllwitzer Kinderheims, des Prof. Abderhalden, auf Erhöhung der Pflegesätze von 50 auf 250 ℳ monatlich nicht stattgeben, denn mit dem gleichen Recht könnten dann auch die anderen Anstalten die Erhöhung verlangen, und das würde der Stadt bei 900 Pflegekindern enorme Kosten verursachen. Eine Verständigung mit Prof. Abderhalden kam nicht zustande. Nach Kenntnisnahme der Rechtfertigung und kurzer Aussprache, wurde zur Neuwahl des Büros geschritten, die sich infolge der Veränderung des Stärkeverhältnisses der einzelnen Fraktionen notwendig erwies. Zum Stadtverordnetenvorsteher wurde Geh. Justizrat Keil (Dem.) mit 57 von 65 Stimmen und zum stellvertretenden Vorsteher der Schriftsteller Hennig (U.S.), der bisherige Vorsteher, einstimmig gewählt. Den Schriftführerposten erhielt Kreisschulinspektor Burke (Dn) und zum stellvertr. Schriftführer wurde Stadtv. Müller (Soz.) gewählt, nachdem Stadtv. Hogenstein (U.S.), der nur 29 Stimmen erhielt, die Wahl nicht annahm. — Eine ausgiebige Debatte entspann sich über die neuen Teuerungszulagen der Hilfsangestellten und städtischen Arbeiter. Der Magistrat hatte bereits die Vorlegung beschlossen und schlug zur Deckung der Mehrkosten in Höhe von 1 159 700 ℳ die Erhöhung der Grunds- und Gebäudesteuern, sowie der Gewerbesteuern vor. Die Versammlung stimmte der Vorlage des Magistrats zu, obwohl sie anerkannte, daß die Auferlegung der Steuern auf einzelne Berufsgruppen eine ungerechte sei, es lasse sich aber zurzeit keine andere Maßnahme treffen.

b. **Halle**, 11. Nov. Die Einkommensteuerveranlagung für den Stadtkreis Halle ergibt 34 Millionen Mark Reichseinkommensteuer. Dabei sind nur die von Privatpersonen zu zahlenden Steuern berücksichtigt, denn für die Körperschaftssteuer fehlen noch die ministeriellen Ausführungsbestimmungen. In den 34 Millionen stecken auch die Steuern von einer Anzahl Festbesoldeter, obwohl bei diesen Einkommensteuern nicht veranlagt, sondern nach feststehenden Sätzen vom Gehalt und Lohn gekürzt wird. Die Kriegsabgaben bringen im Stadtkreis Halle 72 Millionen Mark. Der reine Vermögenszuwachs stellt sich auf 41 Millionen Mark. Eigentlich wirkt es, daß demgegenüber der ganze große Saalkreis nur einen reinen Vermögenszuwachs von munzigen 8 Millionen Mark angegeben hat. — Halle steht in der Wohnungsnot nach einer Statistik unter den deutschen Städten an erster Stelle. Hinsichtlich der Zahl der Erwerbslosen stehen die Verhältnisse aber außerordentlich günstig. Durch die Nähe der Leunawerke bieten sich für Tausende Verdienstmöglichkeiten, darum hat unsere Stadt nicht die Abwanderung, die in anderen Großstädten zu beobachten ist; es gibt in Halle nur rund 600 Erwerbslose. Auf den Wohnungsmarkt wirkt aber natürlich der günstige Stand der Arbeitsmöglichkeiten außerordentlich verschärfend ein. Bei einer Einwohnerzahl von rund 190 000 sind mehr als 9000 Wohnungsuchende beim Wohnungsamt gemeldet.

y **Delitzsch**, 11. Nov. Seit kurzem sind hier Gerüchte im Umlauf, daß von Delitzsch aus Butterschiebungen erfolgen. Diese Gerüchte bewahrheiten sich. Den Nachforschungen des Gendarmeriewachtmeisters Sporlebey ist es gelungen, bei einer nach Leipzig fahrenden Händlerin 14 Pfund Butter und 10 Pfund Käse zu beschlagnahmen. Die Spuren führen zu Butterschiebungen, die schon geraume Zeit erfolgen, führen, wie wir hören können, aber bis hierher noch verhältnismäßig wenig Molkereiprodukte ohne Wissen des Verwalters an die Händlerin verkauft worden sind. Die Angelegenheit ist bereits in den Händen der Staatsanwaltschaft.

*

Über die Leipziger Ausstellung „Garten und Kind“, die einen außerordentlichen Erfolg hatte und über die wir wiederholt berichteten, gehen uns von der Ausstellungsleitung noch nachstehende Angaben zu: Die Ausstellung wurde trotz des größtenteils ungünstigen Wetters von rund 75 000 Personen besucht. In den Vormittagen berichtigten gegen 200 Schulklassen die Ausstellung. In jedem Nachmittage wurden Jugendspiele veranstaltet, am Schlußtage von 5000 Kindern. Alle Vorträge und Abendveranstaltungen waren überfüllt. — Über die Güte der Gartenerzeugnisse fes waren z. B. Äpfel im Gewicht bis 800 Gramm ausgestellt) und über die Schönheit des Aufbaues herrschte nur ein Lob. In Ehrenurkunden waren gestiftet: drei von der Stadt Leipzig als Schirmherrin, zwei vom Landesökonomierat, drei von der Zentralstelle für Gemüsebau in Berlin, außerdem drei Ehrenpreise von industriellen Firmen und acht von Vereinen und Privaten, einschließlich der Geldpreise im Gesamtbetrag von 920 ℳ. Der verantwortliche Verband selbst verteilte 116 Urkunden. Ist sonach der eigentliche Zweck der Ausstellung, aufklärend und werbend zu wirken, voll erreicht worden, so ist auch das finanzielle Endergebnis zufriedenstellend. Trotz der riesenhaften Unkosten von rund 65 000 ℳ und trotz des ungewöhnlich niedrigen Eintrittsgeldes (einschließlich Steuer 1,20 ℳ), hat die Abrechnung ungefähr 5000 ℳ überschüssig ergeben.

Vermischte Nachrichten.

* **Handgranatenangriff auf eine Villa.** Auf die Villa des Geh. Regierungsrates Ehring in Clausthal (Harz) wurde ein Handgranatenangriff verübt. Von den Hausbewohnern wurde niemand verletzt. Die Täter sind entkommen.

* **Dampferzusammenstoß im Nordostseekanal.** Die „Hamb. Nachr.“ melden aus Rendsburg: Am Sonntag nachmittag stieß im Nordostseekanal in der Nähe von Rendsburg der von Schweden kommende Dampfer „Signal“ mit einem anderen schwedischen Dampfer zusammen. Der 1800 Tonnen große, mit Erz beladene Dampfer „Signal“ erhielt ein Leck und ging seine gesamte Reute vertrunken habe. Durch dieses Gständnis aufs höchste gereizt, ergriff die „Ehefrau“ ein ihr zur Hand liegendes Küchenmesser und ging ihrem Lebensgefährten damit zu Leibe. Das Ehegespann bisses ungleichen Kampfes waren auf der einen Seite eine halb abgeschnittene Nase und auf der anderen zerrissene Kleider. Ein hinzugeholter Schutzmann beruhigte die erregten Gemüter und veranlaßte die Überführung des beinahe ganz um seine Nase gekommenen schwer verletzten Mannes nach dem Krankenhause.

Handel — Verkehr — Industrie.

= **Der Markkurs** notierte am Dienstag in Zürich 7,35 Centimes, er ist gegen den vorangegangenen Tag um 0,42½ Centimes gefallen. In Amsterdam wurden für die Mark 3,87½ Cents bezahlt, die Notierung ist somit unverändert geblieben.

= **Preisermäßigung für Tempergut.** Der Verein Deutscher Tempergießereien zu Bonn i. Westf. teilt mit, daß die außerordentlich schwierige Lage der Industrie ihn veranlaßt hat, die Preise für Temperguß für alle Lieferungen ab 1. November 1920 um 1,80 ℳ das Kilo zu ermäßigen. Die bisherigen Zahlungs- und Lieferungsbedingungen bleiben bestehen.

= **Preise für Bleifabrikate.** Die Deutsche Verkaufsstelle für gewalzte und gepreßte Bleifabrikate in Köln hat den Verkaufspreis weiter um 65 ℳ für 100 Kilogramm erhöht, so daß der Verkaufspreis künftig bei Abnahme von 50 Tonnen mit Wirkung ab 5. November 1000 ℳ für 100 Kilogramm beträgt.

= **Ermäßigung für Kupferbleche.** Der Kupferblechverband in Kassel hat mit Wirkung ab 9. November feine Preise um 75 ℳ pro Tonne auf 3290 ℳ ermäßigt. Die letzte Preisveränderung war Ende September erfolgt, und zwar trat damals eine Preiserhöhung um 150 ℳ auf 3365 ℳ ein.

= **Preisermäßigung für Rostpuat.** Der Siegerländer Eisenfeinverein hat seine Verkaufspreise für Rostpuat um weitere 50 ℳ für Lieferung in den Monaten November und Dezember für 10 000 Kilogramm herabgesetzt. Die letzte Preisermäßigung erfolgte im Oktober um 50 ℳ.

= **Befreiung vom Prospektzwang für Kommunalanleihen.** Wie wir erfahren, soll die Befreiung vom Prospektzwang bei kommunalen Anleihen ganzen § 40 des Börsengesetzes gemäßt werden. Es wird damit einer Anregung des Deutschen Städtetages entsprochen.

= **Erweiterung der Ausfuhrbewilligung für industrielle Erzeugnisse.** Um die auch im Inlande bestehenden Absatzschwierigkeiten in Stahl- und Bergwerkserzeugnissen zu heben, ist, wie wir erfahren, von maßgebender Stelle vorgeschlagen worden, Ausfuhrbewilligungen für Nägel, sowie Mittel- und Feinbleche zu erteilen. Das betreffende Werk muß sich verpflichten, die Hälfte der Differenz zwischen Inlandspreis und Ausfuhrmindestpreis an den Eisenwirtschaftsbund abzuführen, um die Eisen- und Stahlpreise zu senken.

= **Zunahme der Förderung der Ruhrkohlenzechen.** Die Kohlenförderung des Ruhrgebiets einschließlich der linksrheinischen Zechen betrug im Oktober nach vorläufigen Berechnungen in 26 Arbeitstagen 7,9 Millionen Tonnen. Da erfahrungsgemäß diese geschätzten Mengen bei der endgültigen Feststellung sich noch um etwa 200 000 Tonnen erhöhen, so ist für Oktober mit einer Förderung von etwa 8,1 Millionen Tonnen zu rechnen. Im September stellte sich die endgültige Förderung in 26 Arbeitstagen auf 7 801 086 Tonnen.

= **Aus der Lederindustrie.** Die Arbeitslosenzahl in der Feinlederindustrie betrug am 1. September 20,3 Prozent. Es mußten Betriebseinschränkungen und Stillegungen vorgenommen werden. Die Fabriken haben teilweise sehr erhebliche Lagerbestände. Dagegen sind die Schuhfabriken gut beschäftigt.

= **Auf dem Biehmarkt in Friedrichsfelde bei Berlin** waren am 6. November aufgetrieben: 1547 Rinder, 386 Kälber, 3248 Schafe und 2039 Schweine. Für Rinder wurden gezahlt 3—7,50 ℳ das Pfund Lebendgewicht, für ausgesuchte Ware bis 8 ℳ. Die Qualität der aufgetriebenen Rinder war etwas besser, das Geschäft, nachdem es lebhaft einsetzte, später abflauend. Das Geschäft in Kälbern war ruhig, die Preise unverändert von 5—9 ℳ das Pfund Lebendgewicht. Unter den aufgetriebenen Schafen befanden sich wenig gute fette Tiere. Die Preise bewegten sich zwischen 3,50—7,50 ℳ das Pfund Lebendgewicht. Sehr lebhaft setzte der Schweinemarkt ein, da wirklich gute Qualitäten sehr begehrt waren. Es wurden Preise bis zu 18 ℳ geboten. Die Preisprüfungsstelle setzte dieselben aber auf 16 ℳ herab, so daß bei den Einsenkern große Unzufriedenheit herrschte.

= **Ziegelpreise.** Die frühere Mitteilung über die Preisherabsetzung des Sächsisch-Thüringischen Ziegelverkaufsvereins in Gera ist dahin zu ergänzen, daß sich der um 10 Prozent ermäßigte Preis ab Werk, d. h. ohne Anfuhr- und Verladekosten, versteht. Die Geraer Ziegeleien haben das in der Preissenkung liegende Opfer gebracht, nachdem von behördlicher Seite die baldige Ausführung einiger Bauplätze in Aussicht gestellt wurde. Nach Ansicht des genannten Verbandes wäre es falsch, aus dem Vorgange in Gera den Schluß zu ziehen, daß nun auch anderwärts ein Abbau des Ziegelpreises gefordert werden könne.

Gewinn-Auszug
der
16. Preuß.-Südd. (242. Preuß.) Klassen-Lotterie
5. Klasse — 3. Ziehungstag — 8. November 1920

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. — Nachdruck verboten.

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 344 Mark gezogen:

4 Gewinne zu 10000 M 113665 214618
10 Gewinne zu 5000 M 42092 70126 70628 91375 140328
34 Gewinne zu 3000 M 3209 10318 3546 5111 10477 11829 18498 23578 23591 27485 31300 36989 45919 49515 51947 55934 74458 75090 76881 83371 84231 88749 92161 95244 97331 111073 114935 115391 124237 135181 138213 139271 143968 155450 161769 171243 173664 177066 177991 205090 219074 219692 231581 236487 238243 238800 253098
170 Gewinne zu 1000 M 3679 10256 16802 22618 29048 32299 40462 42003 44387 46472 47007 48603 49106 53334 53875 55300 59303 59398 61929 62287 63147 63863 64112 64140 64744 65764 76171 76160 79193 82964 85173 90548 94729 96148 98539 104096 107234 107382 109470 118822 120078 120176 127518 128006 132571 133255 135810 141278 141944 146476 147233 151105 156385 157121 160859 173924 177171 180728 180988 182663 182655 189076 190455 192817 193879 196447 199207 199070 205044 208039 212817 216988 217138 220561 222358 224693 235609 236663 237108 237954 238319 239109 239373
218 Gewinne zu 500 M 352 902 3761 4263 4540 5939 6259 6455 10428 12459 13968 18427 21211 26003 28278 28052 28476 31758 35143 38380 38476 38972 38851 38767 39054 40719 43050 43862 44528 49413 53141 54360 55734 55775 60380 63341 66304 66523 67608 68266 70178 74408 76873 80747 81421 84934 87652 88861 93189 93828 94923 97818 98541 99299 102350 104054 105729 110484 118840 119326 121078 123618 123616 127004 129656 130284 130686 131654 132800 134892 138883 139097 149194 151080 154350 156478 159623 159718 162354 164777 165747 170569 171394 178813 180975 182138 192433 192721 194593 198719 199613 200466 201918 210995 211171 212248 213057 213699 216047 218224 219078 219233 220564 221590 223332 226734 228578 229858 230290

Ohne Gewähr.

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 344 Mark gezogen:

2 Gewinne zu 10000 M 23265 6516 12443 16628 18085 19841 27010 29218 31788 38627 47978 50184 54737 60964 64098 64475 75534 76836 79458 79940 81145 81452 81972 82548 87777 89764 90537 97471 97641 102475 118986 119218 121778 122269 124925 128662 138618 137615 163109 164197 180953 198944 198707 208771 208104 224060 210848 213047 213139
102 Gewinne zu 300 M 1238 3260 6399 7640 7690 11024 11759 20761 21064 24418 25413 26354 27183 29252 32025 34573 35101 35247 42065 46717 49060 52761 55337 60956 61299 62140 64005 70833 74572 74876 77435 79265 8 214 86050 87951 89005 92344 94014 95948 98532 99485 103974 106044 108790 111132 111065 114083 115534 120764 123920 131799 132653 133258 135127 135918 136733 140729 144439 145572 147128 150410 150794 151155 151158 154166 161548 162748 173525 174140 174711 179423 179286 182234 189150 189650 190056 192733 196011 200466 201918 202389 202356 205234 206617 208891 209100 209489 213534 219108 219688 220924 221810 223499 229117 230277
206 Gewinne zu 200 M 817 1533 3363 6550 7161 14546 15281 25953 27265 33768 35789 37350 37447 40072 49652 49678 42465 45639 50723 50154 51736 57259 61599 62078 62788 64521 71919 73475 75781 76109 76308 78400 79972 83225 84463 87869 88771 89093 91406 94157 99852 100406 100821 105044 107348 109113 110662 112236 118544 119376 119569 119996 121049 123842 125479 129736 130133 133141 133166 135317 136192 138132 138560 140968 143606 146109 148686 150843 153011 162305 169628 169033 164264 165100 169026 172351 175733 176475 178306 178542 181954 182375 184142 188447 192035 192868 193418 194505 195743 197160 197573 201183 205269 205660 210694 213496 215737 219401 221359 223867 229963 233212

Gewinn-Auszug
der
16. Preuß.-Südd. (242. Preuß.) Klassen-Lotterie
5. Klasse — 4. Ziehungstag — 9. November 1920

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. — Nachdruck verboten.

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 344 Mark gezogen:

1 Gewinne zu 50000 M 145197
2 Gewinne zu 20000 M 145197
2 Gewinne zu 30000 M 125777
4 Gewinne zu 10000 M 25958 35692
10 Gewinne zu 5000 M 5100 82936 100773 198247 206378
116 Gewinne zu 3000 M 3400 3463 3863 4475 7932 21605 24852 25269 26981 30545 47751 48055 51418 60258 63502 66631 67883 70234 72212 73508 86104 87564 89539 95854 97300 99209 100298 103936 110119 110234 110685 115336 118509 120407 127091 128717 131523 136503 136478 147243 148186 156709 165351 167205 167296 175755 177192 182016 193785 203162 203790 215395 219208 219990 229073 229784 228727 229074
170 Gewinne zu 1000 M 121 6269 6700 6393 7842 8884 20529 23404 29531 33741 33947 34918 35925 37099 40855 42720 44420 47133 49702 50460 56631 57808 59005 60218 65518 65338 66970 69750 69799 70884 82157 85047 87661 88341 90254 90160 95892 96710 97253 99911 102991 103569 108427 108608 121600 123552 124622 126162 127761 138047 138548 138553 140438 146309 148308 148308 148919 150012 175511 179227 179668 182340 185431 188074 190828 196150 196931 198132 201026 201317 203701 204164 214321 215399 216913 217119 220544 224860 227445 229369 231219 231748 232273 233532
102 Gewinne zu 300 M 530 5227 6481 8868 11279 12251 14912 16238 16202 19343 23773 30883 31259 33385 35891 36767 37453 38113 44734 46054 53285 55856 55285 58331 61688 63565 71885 73505 74885 75336 79484 82538 84746 85838 89182 89879 93964 95533 96443 98611 99408 100106 100600 102390 105173 118441 119532 122910 126771 128383 128983 131963 134344 144344 147231 149262 151035 158863 162343 162160 165179 165280 162005 167893 169783 170669 170605 171452 173359 185347 185964 189824 189519 189724 191038 191057 192465 199554 200575 200716 201821 202627 203603 203218 203858 205924 207911 213564 214180 216589 127186 217673 230564 233659 234178 235327 236370 231832

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 344 Mark gezogen:

8 Gewinne zu 10000 M 28272 60504 62096 204748
3 Gewinne zu 5000 M 106019 106820 169000 211390
96 Gewinne zu 3000 M 1024 2691 2693 2694 11125 15711 16821 20858 31354 35924 44603 49417 54695 59284 61794 64209 68214 79161 84411 87600 88172 93795 97158 101835 102357 102450 104107 106839 113605 118993 137609 140357 143048 167432 174214 187949 188354 173408 200392 201293 202071 203785 210785 213752 221170 224241 230203
130 Gewinne zu 1000 M 261 654 1593 1277 1320 1710 2267 23568 26194 29483 29643 29972 31398 31878 32130 38484 41843 42713 42743 43264 49287 47464 51171 53877 54057 57995 58332 78426 79780 82921 83072 84005 84440 89505 91540 94573 95534 100335 102775 109768 110602 110896 112974 113800 113837 115144 119455 121665 123203 125954 135832 135941 140576 141192 146568 146309 146674 151064 153992 154756 161492 161938 167437 169220 173903 174167 174421 177439 178605 180715 181071 187139 187603 188824 190743 191181 193354 196850 199978 197549 198167 208527 210833 211014 211353 219169 225463 225943 227523 231191
212 Gewinne zu 500 M 507 798 2089 2209 2394 6063 9605 11673 11834 12475 13461 16500 17576 19552 20302 23015 24766 25000 29079 31985 33615 35327 35436 37235 37973 39189 39514 40957 45583 47139 50929 51114 57008 61016 64505 67064 70073 74568 76005 80481 81261 85318 85636 89866 90918 91927 92392 97609 105633 105898 107841 109211 108821 111093 111756 113924 116920 116243 116450 118720 116739 115814 117849 120658 123383 124196 124422 126106 127213 127600 128463 129296 131348 135006 137069 139175 139947 167358 162940 167238 168187 169370 172600 183249 183683 183289 183310 187976 188939 189576 190393 190543 192734 199440 202761 207590 208503 209863 217611 221417 222252 223634 231553

Handwerker Kaufleute Gewerbetreibende!

Am Dienstag, den 16. November 1920, abends 8 Uhr, beginnt in Merseburg im „Casino“, Leunaer Str. 4, ein neuer

Steuerberatungs- u. Buchführungskursus,

Einleitender Vortrag über:
„Neue Steuern und Buchführungspflicht“.
Referent: Herr Syndikus Rademacher, Halle.
Kursusbeitrag (einschließlich Lehrmaterial) Mk. 60.—
Anmeldungen sind möglichst sofort zu richten an:
Mittelstands-, Bürger- und Handwerkervereinig. z. H. des Hrn. Bäckermstr. Freiberger, Merseburg, Markt 26. oder auf Karte an: „Treuhag“ Treuhandgesellschaft für Handel und Gewerbe, Halle a S., Leipziger Strasse 20.

Schlinomann **Konservenglasöffner** Gummi Schiber
ohne Stechfläche, verletzt nie Gummi und Glas.
Nur bei
Paul Ehlert Nfg.
Entenplan 11.

Zylinder-, Maschinen-, Motoren-, Putz- und Heizöle
Maschinen- und Wagenfette
jedes Quantum sofort lieferbar
direkt ab Chemnitz Dresden bei Dresden
Franz Sand, Merseburg a. S. Roter Feldweg 8 Telephon Nr. 214

Ausgekämmtes
Damen-Haar
kauft tausend jeden Posten
zu höchsten Preisen
Frau Jrmisch,
Johannisstr. 16.

Ausgekämmtes **Damenhaar** kauft höchstzahlend **Alfr. Kluge,** Bahnhofstr. 8a

Tannengrün zum Decken der Gräber empfiehlt Wittenbecher, Stadtfriedhof

Briketts frei Haus und ab Lager liefert sofort Kohlenhandlg. Haluszczak, Ruslandstr. 8 am Güterbahnhof.

Casino. **Volksbildungs-Konzert**
des städt. Musikdirektors Kupplich Freitag, den 12. d. Mts., 1/8 8 Uhr.
Großstadt-Programm.
Preise: 1. Platz 2,40 Mk.; 2. Platz 1,50 Mk. einschl. Steuer.

Einladung zur General-Versammlung.

Am Montag, den 22. d. Mts., 7 Uhr abends findet im Ratskeller, hier, **ordentliche Generalversammlung** statt, wozu die Mitglieder hiermit eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
2. Genehmigung der Bilanz für 31. Dezember 1919, Entlastung des Vorstandes (die Rechnung liegt bei dem Kassierer, Domstr. 4, Zimmer 3, in der Zeit von 8—1 Uhr aus.
3. Neuwahlen zum Vorstand und Aufsichtsrat.
4. Vortrag des Herrn Oberpostsekretärs Gohse.
5. Verschiedenes.

Merseburg, den 11. November 1920.

Der Aufsichtsrat der Baugenossenschaft „Eigenheim“ e. G. m. b. H.
Knittel, stellvertretender Vorsitzender.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201111-10/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In Merseburg: Monatlich für Abholer 4,90 Mk., frei Haus 5,— Mk., durch unsere Landboten 5,20 Mk frei Haus, durch die Post bezogen Bestellgeld besonders. Einzelnummer 25 Pfg.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für den siebengespaltenen Millimeterraum 30 Pfg. im Reklameteil 80 Pfg., für Stellenanzeigen u. Nachweisungen entsprechender Aufschlag. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vormittags
Postscheckkonto Leipzig 39070.
:—: Fernspr Nr 324. :—:

Mit den wöchentlich 2 maligen Beilagen „Amtsblatt für den Kreis Merseburg" und „Amtsblatt der Stadt Merseburg", der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage „Am häuslichen Herd" und den monatlich erscheinenden Beilage „Der Chronist von Merseburg"

Nr. 256 — Donnerstag den 11. November 1920 — 47. Jahrg.

Das Einschreiten des Reichspräsidenten.

Der wilde Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter hat zu einer Reichsverordnung des Präsidenten Ebert auf Grund des Ausnahmezustandsartikels der Reichsverfassung geführt. Da die vorhandene Gesetzgebung nicht ausreichte, mußte zu einer Ausnahmeverordnung gegriffen werden. Das Vorgehen des Reichspräsidenten, das in übereinstimmung mit dem Reichskabinett und der preußischen Regierung erfolgt, ist eine glänzende Rechtfertigung der demokratischen Sozialpolitik. Auf die empfindliche Lücke einer Schlichtungsordnung haben wir in der ganzen letzten Zeit immer wieder hinweisen müssen, die demokratische Fraktion ist nicht müde geworden, sie stets erneut zu fordern. Der jetzige Erlaß des Reichspräsidenten ist sozusagen der Erlaß einer Schlichtungsordnung für lebensnotwendige Betriebe auf dem Verordnungswege. Dieser Weg ist unter normalen Verhältnissen nicht ideal, daß er hier sofort beschritten werden mußte, war eine gebieterische Notwendigkeit. Denn schon ist es in Berlin zu frivolem Sabotageakte und offenem Terror gekommen. Man darf sogar die Frage aufwerfen, ob die Notverordnung ausreichend sein wird.

An sich ist sie mustergültig. Sie vermeidet jede einseitige Stellungnahme. Nicht nur wilde Streiks, sondern auch wilde Aussperrungen werden unter schwere Gefängnis- oder Geldstrafe gestellt. Die Verordnung erstreckt sich allerdings nur auf Betriebe, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen. Es ist sehr zu erwägen, ob nicht mindestens auch der Verkehr als lebenswichtiger Betrieb anzusehen ist. Das Streikrecht wird in ihr auch keineswegs ausgeschlossen. Die Strafe trifft nur diejenigen, die vor der Fällung eines Schiedsspruches durch den zuständigen Schlichtungsausschuß zu Aussperrungen oder Arbeitsniederlegungen auffordern, oder zur Durchführung eines solchen Streiks Sabotageakte unternehmen. Eine ideale Schlichtungsordnung muß unter Schaffung aller Garantien für die berechtigten Wünsche der Arbeiter und Angestellten dahin kommen, daß dem letztinstanzlichen Schiedsspruch bindende Kraft zuerkannt wird. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Verordnung einer Stelle weitgehende Vollmachten einräumt für den Fall, daß es doch zu wilden Streiks oder Aussperrungen kommt. Die Notverordnung legt solche Vollmachten in die Hände des Reichsministers des Innern, der dafür auch die berufene Instanz ist. Er kann nicht nur Notstandsarbeiten anordnen, sondern ist auch berechtigt, für eine Notstandsversorgung alle Verwaltungsmaßnahmen zu treffen. Hier ist wohl in erster Linie an eine geeignete Verwendung der Technischen Nothilfe gedacht. Aber seine Befugnisse gehen noch weiter. Er kann auch die Herbeiführung der Befriedigung berechtigter Ansprüche der Arbeitnehmer sicherstellen und den Betriebsunternehmer mit den daraus entstehenden Kosten belasten. Auch in dieser Bestimmung zeigt sich ein gesunder sozialer Geist und geschärftes politisches Verständnis. Die meisten lebenswichtigen Betriebe befinden sich heute im Gemeindeeigentum, doch, da die Verordnung für das ganze Reich gilt, werden durch sie unter Umständen auch private Betriebsunternehmer berührt. Wichtig ist, daß in der Verordnung alle Arbeiter, Angestellte und Beamte, die Notstandsarbeiten usw. leisten, in keiner Weise wirtschaftlich benachteiligt werden dürfen. Damit ist jeder spätere Terror gegen solche Arbeitnehmer gesetzlich ausgeschlossen.

Der Groß-Berliner Streik ist von kommunistischen Elementen entfesselt worden. Gegen seinen Anstifter, den Kommunisten Sylt, ist ein Haftbefehl ergangen. Es ist bemerkenswert, daß auch die unabhängige „Freiheit", die allerdings unter dem Elektrikerstreik dadurch besonders zu leiden hatte, da sie wegen Stromমangel nicht erscheinen konnte, diesmal ganz offen zugibt, daß es sich hier um einen Streik zugunsten kommunistischer politischer Zwecke handelt. Tatsächlich würde sich ja auch dieser Charakter des neuesten Berliner Streiks kaum abstreiten lassen. Aber es ist selbstverständlich, daß man dem weiteren Verlaufe der Dinge seitens der Reichsregierung die allerernsteste Beachtung schenken muß. Die Allgemeinheit kann sich unmöglich die schwere Gefährdung ihrer Gesundheit und Existenz noch länger von einer kleinen Gruppe wahnsinniger Katastrophenpolitiker gefährden lassen. Hier muß der Staat, wenn es notwendig ist, von seinen Machtmitteln rücksichtslos Gebrauch machen. Denn je eher eine solche Bewegung eingedämmt wird, umso weniger entsteht die Gefahr, daß sie einen unübersichtlichen Umfang annimmt. Man darf erwarten, daß alle einsichtigen Kreise der Arbeitnehmerschaft und der sozialistischen Parteien hier an die Seite der Regierung treten werden.

*

Eine Reichsverordnung über das verbindliche Schlichtungsverfahren.

Schlichtungszwang für lebenswichtige Betriebe.

Man hat erkannt, daß es so nicht weitergehen kann, daß es sich bei den fortgesetzten Ruhestörungen in Berlin nicht mehr um rein kommunale Dinge handelt, daß das Ansehen des Reiches, das ganze Wirtschaftsleben auf dem Spiele steht und Fangball einer kleinen Gruppe fanatischer Schreier zu werden droht. Und daraus hat man in erfreulicher Einigkeit nunmehr die Folgerungen gezogen. Ehe wir auf die soeben erlassene neue Reichsverordnung mit ihren tiefeinschneidenden Bestimmungen für das ganze Reichsgebiet eingehen, sollen noch einige kurze Worte gesagt werden, die die Lage kennzeichnen:

Ein wegen Schiebungen von der Staatsanwaltschaft gesuchter Mann namens Sylt, der im Gewerkschaftsleben bisher keine Rolle spielte, schwingt sich plötzlich zum Sprecher der Elektrizitätsarbeiter auf, zettelt durch wüste Agitation einen wilden Streik an, kümmert sich nicht im geringsten um die Stellungnahme der Gewerkschaften, treibt sozusagen Schindluder mit ihnen, lahmlegt dazu noch Maschinen, so daß die Nothilfe erst die Schäden beseitigen muß, führt also mit kurzen Worten die Diktatur auf eigene Faust ein! Dieser tüchtige Zeitgenosse ist offenbar einer von denen, die sich streng an die Weisungen von Moskau halten, und sucht auf diese Weise die von Moskau befohlene Zerstörung der Gewerkschaften und weiterhin die Sowjetisierung Deutschlands zu betreiben. Der Arbeiterschaft, die zum größten Teil diesem Treiben fernsteht, droht also die Gefahr, daß der ganze Gewerkschaftsbau durch Leute wie Sylt einfach in die Luft gesprengt wird.

In Erwägung der Gefährlichkeit solchen Treibens, dem Sylt wird Nachfolger finden, hat sich die Reichsregierung in erfreulicher Übereinstimmung mit der preußischen Staatsregierung entschlossen, durch nachstehende

Verfügung

den wilden Streiks entgegenzuwirken.

Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die Stillegung von Betrieben, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen.

Auf Grund des Artikels 48,2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit für das Reichsgebiet folgendes:

§ 1. In Betrieben, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen, sind Aussperrungen und Arbeitsniederlegungen (Streiks) erst zulässig, wenn der zuständige Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch gefällt hat und seit der Verkündung des Schiedsspruches mindestens drei Tage vergangen sind.

Wer zu einer nach Absatz 1 unzulässigen Aussperrung oder Arbeitsniederlegung auffordert oder zur Durchführung eines solchen Streiks, an Maschinen, Anlagen oder Einrichtungen Handlungen vornimmt, durch die die ordnungsmäßige Fortführung des Werks unmöglich gemacht oder erschwert wird, wird mit Gefängnis oder Geldstrafe bis 15 000 ℳ bestraft. Ebenso wird bestraft, wer eine nach Absatz 1 unzulässige Aussperrung vornimmt.

§ 2. Werden durch Aussperrung oder Arbeitsniederlegung Betriebe der genannten Art ganz oder teilweise stillgelegt, so ist der Reichsminister des Innern berechtigt, Notstandsarbeiten und Notstandsversorgung zu sichern, sowie alle Verwaltungsmaßnahmen zu treffen, die zur Versorgung der Bevölkerung oder zur Weiterführung des Betriebes geeignet sind. Hierzu gehört auch die Herbeiführung der Befriedigung berechtigter Ansprüche der Arbeitnehmer. Die durch derartige Anordnungen entstehenden Kosten fallen dem Betriebsunternehmen zur Last.

§ 3. Arbeiter, Angestellte und Beamte, die in Beachtung der Bestimmungen des § 1 die Arbeit in den genannten Betrieben weiterführen, gemäß § 2 angeordnete Notstandsarbeiten oder Arbeiten zur Sicherung der Notstandsverordnung leisten, dürfen dieserhalb in keiner Weise wirtschaftlich benachteiligt werden.

§ 4. Diese Verordnung tritt mit dem 10. November in Kraft.

Berlin, den 10. November 1920.

Der Reichspräsident. gez. Ebert. — Der Reichskanzler. gez. Fehrenbach.

Man hat sich in den Kreisen der Reichsregierung zu der Erkenntnis durchgerungen, daß die Zustände in Berlin, wenn ihnen nicht halt geboten wird, geradezu katastrophal auf den Reichsgedanken und das gesamte Wirtschaftsleben des Volkes wirken. Daher erwartet man auch, daß sich von rechts wie links eine breite Einheitsfront bildet, die das Vorgehen des Reichspräsidenten auffängt. Würden wir uns auf den Magistrat verlassen, der bei den Dingen mit einer unerschütterten Wurstigkeit gegenübersteht, dann müßte alle fünf bis sechs Wochen mit der Wiederholung solcher Streiks gerechnet werden, die unser Erwerbsleben schwer erschüttern, unsere Valuta dauernd verschlechtern und uns um den letzten Rest von Ansehen im Ausland bringen. Wie wir weiter erfahren, wird auch das Schlichtungsgesetz, dem man mit großer Spannung entgegensieht, in wenigen Wochen fertig sein und zur Vorlage gelangen.

Ein Aufruf gegen die Erpressung der Milchkühe.

Berlin, 11. Nov. Der Deutsche Ärztevereinsbund erläßt folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

6 Millionen Liter Milch werden wir täglich weniger haben. Die Fettheblieferung wird aufs schwerste beeinträchtigt, die Aufzucht des Rindviehs wird aufs schwerste gefährdet, die Fleischversorgung wird noch viel, viel schlechter werden. Unsere Säuglinge können wir nicht mehr ernähren, die stillenden Mütter und die Greise, deren Sterblichkeit in erschütternden Maße gestiegen ist, können nicht mehr mit Milch versorgt werden; unsäglichs Elend muß über die ganze Bevölkerung kommen. Unsere Feinde wollen mit dieser grausamen Forderung die Art an die Wurzel unserer Volksgesundheit legen: nicht bloß wirtschaftlich sollen wir vernichtet werden, auch unser Nachwuchs, unsere Hoffnung, soll zugrunde gerichtet werden. Nur der Amerikahilfe und anderen menschenfreundlichen Organisationen des Auslandes ist es zu danken, daß unsere Jugend bisher durchgehalten werden konnte. Alle Volksgenossen müssen sich der ungeheuren Gefahr bewußt werden, die unserer Volksgesundheit, vor allem unserer Jugend, droht, und müssen wie ein Mann dagegen aufstehen. Unsere Reichsregierung muß der Entente ein entschlossenes, kein entgegenkommendes, will sie nicht mitschuldig werden an der Aushungerung unserer Jugend.

Angebliche Verstöße gegen den Friedensvertrag.

Berlin, 11. Nov. Der französische Botschafter in Berlin hat gestern, wie die Deno meldet, den Minister des Auswärtigen, Dr. Simons aufgesucht und ihn in freundschaftlicher Weise darauf aufmerksam gemacht, daß die Einfuhr von Luxusartikeln aus den Nachbarländern eine Umgehung der Artikel 264 und 265 des Versailler Friedensvertrages darstelle. Weiter hat der Botschafter darauf hingewiesen, daß man in Erfahrung gebracht habe, 50000 Flaschen Likör seien französischer als französische Marke eingeführt worden, ein Verfahren, das ebenfalls einen Verstoß gegen Artikel 264 des Versailler Vertrages bilde.

Wirtschaftliche Maßnahmen gegen Polen.

Berlin, 11. Nov. Die deutsche Regierung scheint sich endlich zu gewissen Gegenmaßnahmen gegen Polen, die freilich nur wirtschaftlicher Natur sein können, entschlossen zu haben. Wie wir hören, beabsichtigen unsere maßgebenden Stellen eine noch größere wirtschaftliche Zurückhaltung als bisher im Handelsverkehr mit Polen zu beobachten. Diese Absicht erscheint um so mehr begründet, als die Warschauer Regierung wieder einmal die deutsch-polnischen wirtschaftlichen Verhandlungen, die auf polnische Initiative kürzlich in Berlin begonnen hatten, unter dem Vorwande sabotieren will, die deutsche Regierung habe entgegen der Vereinbarung auch politische Fragen zur Sprache gebracht, zu deren Behandlung sich der polnische Vertreter Dr. Straßburger nicht für befugt erklärte. Straßburger ist gestern nach Warschau zurückgereist.

Ratifizierung des Danziger Optierungsvertrages.

Danzig, 11. Nov. Der stellvertretende Oberkommissar hat den deutschen Danziger Optierungsvertrag ratifiziert.

Putsch von rechts.

Prag, 11. Nov. Der tschecho-slowakische Außenminister Benesch erklärte im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, in Deutschland drohe ein erfolgreicher Putsch von rechts. (?) Nach ihm zugekommenen Nachrichten werde man in den nächsten Tagen Näheres hören.

Wien, 11. Nov. (T.-U.) Die von dem tschecho-slowakischen Außenminister Benesch abgegebene Erklärung über einen drohenden Rechtsputsch in Deutschland ist, wie der Korrespondent des Neuen Wiener Journal meldet, auf Informationen aus Wiener diplomatischen Kreisen zurückzuführen. Bei dem drohenden Putsch handelt es sich um Bayern, wo um die Frage der Auflösung der Organisation Escherich herum eine starke monarchistische Agitation eingesetzt habe.

Monarchistische Umtriebe in Tschechien?

Prag, 11. Nov. Das dem Prager Außenminister nahestehende Blatt der tschechischen Nationalsozialen behauptet, daß in der Tschechoslowakei eine monarchistische Reaktion bestehe, die gefährlicher als die kommunistische sei.

Litauisch-bolschewistische Offensive gegen Polen.

London, 11. Nov. (WTB.) Das Reuterbüro erfährt aus Kowno: Die Litauer haben am 7. November von Kowno aus unter Mitwirkung der Bolschewisten die Offensive gegen den polnischen General Zeleguowski begonnen. Sie sind noch 35 Kilometer von Wilna entfernt. — Die Litauische Telegraphenagentur berichtet: Die Polen erschießen litauische Gefangene. Mehrere Offiziere sind schwer mißhandelt und ein Soldat durch sieben Schüsse verwundet worden.

Meuterei auf einem bolschewistischen Kreuzer.

Kopenhagen, 11. Nov. Die „Berlingske Tidende" meldet aus Helsingfors: Die neuesten hier eingetroffenen russischen Zeitungen teilen mit, daß in Kronstadt an Bord des Kreuzers „Gromoboy" eine Meuterei ausgebrochen sei. Die Besatzung habe alle bolschewistischen Offiziere ermordet und darauf das Schiff im Hafen versenkt.

Die Genfer Wiedergutmachungskonferenz erst Februar 1921?

Paris, 11. Nov. (WTB.) Über den Inhalt der Antwort der britischen Regierung auf die französische Note bezüglich des Verfahrens in der Wiedergutmachungsfrage meldet die Agence Havas, daß die alliierten Sachverständigen die Vorschläge der deutschen Sachverständigen ablehnen und entgegennehmen werden, worauf dann im Februar 1921 die alliierten Finanzminister in Genf zusammenkommen werden. Danach erst werde der Wiedergutmachungsausschuß den Betrag der Schulden Deutschlands festsetzen, worauf dann endlich die alliierten Regierungschefs Sanktionen für die Erfüllung bestimmen werden.

Sechsmonatige Dienstpflicht in Belgien.

Brüssel, 11. Nov. (Hollandsch Nieuwsbureau.) Die sozialistische Kammergruppe hat der Kammer gestern den Entwurf über die Dauer der Militärdienstzeit eingereicht. Danach soll diese sechs Monate betragen, und zwar drei Monate Soldaten- und drei Monate Gefechtsschule. Nach einem Jahr soll ein einmonatiger Nachdienst stattfinden.

Die Lage im Reiche.

Der Berliner Streik geht weiter.

Nach fünftägigen Verhandlungen müssen die Versuche, eine Einigung mit den Elektrizitätsarbeitern zu erzielen, endgültig als gescheitert betrachtet werden.

Der Streik geht vorläufig weiter.

[illegible] endgültig dazu aufgerufen [illegible] der Elektrizitätsarbeiter erlassen, worin unter [illegible] Betriebszweigen des Wirtschaftslebens durch [illegible] der Magistrat veranlaßt [illegible] Angestellten der Elektrizitätswerke nach den Anordnungen [illegible] nachmittags 2 Uhr [illegible] stellten, die dieser Aufforderung [illegible] sofortiger Wirkung als [illegible] dem Aufruf jedem sofort [illegible] und Einrichtungen [illegible] Fortführung des [illegible] durch Arbeitslose eine [illegible] ist später durch den [illegible] erzielt worden. [illegible] wurden [illegible] willigen gezwungen. [illegible] Kraftwerken Charlottenburg [illegible] sichereten den Sicherheitsdienst [illegible] Gebäude des Deutschen [illegible] Mittwoch etwa tausend [illegible] einzudringen, wurden [illegible] daran gehindert. [illegible] noch nicht wieder aufgenommen [illegible] rundbahnen [illegible] Arbeiter. [illegible] ist unter dem wilden [illegible] und dem Terror der [illegible] lung des Magistrats [illegible] Anzahl Arbeiter [illegible] Nr. 4 in der Dan[illegible] Abstimmung über den Streik verlangte. Dem gewaltsamen Drängen wurde nachgegeben. Das Ergebnis lautete gegen einen Streik. Kurze Zeit darauf erschienen 2000 Arbeitslose in der Gasanstalt, setzten den Betriebsrat ab und wählten sofort einen politischen Arbeiterrat. Nach Mitternacht wurde der Streik proklamiert.

Zu groben Ausschreitungen durch Arbeitslose und streikende Straßenbahner kam es gleichfalls am Mittwoch mittag auf dem Grundstück der Maschinenfabrik von Ludwig Loewe & Co. Ein Trupp von etwa 1000 Arbeitslosen demonstrierte in den Straßen Charlottenburgs und zog vor das Fabrikgrundstück. Die Firma besitzt eine eigene Kraftzentrale und ist daher imstande, ihren Betrieb in vollem Umfange aufrechtzuerhalten. Die Arbeitslosen und streikenden Straßenbahner drangen sofort in die Kraftzentrale und forderten die Heizer zum lo-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319201111-10/fragment/page=0007